

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXV. Jahrgang, Nr. 8

August 1962

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen Preis-Lohn-Auftrieb — Verbraucherpreise Mitte Juli noch um 4.6% (ohne Saisonprodukte 2.5%) höher als im Vorjahr — Rückgang der Auftragsbestände in der Industrie — Rekordumsätze im Ausländerfremdenverkehr

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Landwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrie-  
produktion — Einzelhandelsumsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel*

### Die Einkommensteuernovelle 1962

### Der Stromverbrauch der privaten Haushalte

### Eisenbahnen und Personenkraftwagen im modernen Reiseverkehr

### Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen Preis-Lohn-Auftrieb — Verbraucherpreise Mitte Juli noch um 4.6% (ohne Saisonprodukte 2.5%) höher als im Vorjahr — Rückgang der Auftragsbestände in der Industrie — Rekordumsätze im Ausländerfremdenverkehr**

Die österreichische Wirtschaftspolitik setzte ihre Bemühungen um eine Stabilisierung von Preisen und Lohnkosten fort. Nach den liquiditätsbeschränkenden Maßnahmen der Notenbank (Erhöhung der Mindestreserven um ein halbes Prozent, Verkauf von 220 Mill. S. Schatzscheinen, Zulassung bestimmter Kapitalexporte), die bereits im letzten Bericht erwähnt wurden, haben Ende Juli und in der ersten Augushälfte auch die Paritätische Preis-Lohn-Kommission und der Ministerrat verschiedene Stabilisierungsaktionen beschlossen oder eingeleitet. Ein bis Ende September befristetes Stillhalteabkommen für Preise und Löhne soll der Wirtschaftspolitik eine Atempause sichern, bis andere Maßnahmen wirksam werden. Den öffentlichen Körperschaften wurde eine zurückhaltende Ausgaben- und Tarifpolitik empfohlen, das Sparen soll durch zusätzliche Anreize und Garantien gefördert werden. Ein Aus-

schuß wird die Entwicklung der Preise für landwirtschaftliche Maschinen und andere landwirtschaftliche Betriebsmittel prüfen und im Bedarfsfall preisstabilisierende Maßnahmen (Liberalisierung, Zollsenkungen, Spannenregelung) empfehlen. Sozialministerium und Handelsministerium werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorschlagen, die eine gleichmäßigere Auslastung der verfügbaren Arbeitskräfte ermöglichen. Auf handelspolitischem Gebiet wurde eine Aufstockung der Globalkontingente ab 1. Oktober um 30% und eine elastische Einfuhrregelung für Saisonprodukte verfügt. Ferner soll über „gezielte“ Zollsenkungen beraten werden.

Die bisherigen Maßnahmen und Empfehlungen der Wirtschaftspolitik scheinen das Preis-Lohn-Klima etwas „abgekühlt“ und die Ansprüche der Sozialpartner fürs erste gemäßigt zu haben. Die Mittel der „psychologischen“ Konjunkturpolitik, die Be-

mühungen um eine Atempause in der Preis-Lohn-dynamik und die Eingriffe an bestimmten Schwerpunkten waren zumindest teilweise erfolgreich. Verschiedene Anträge auf Preiserhöhungen wurden abgewiesen, in einzelnen Zweigen des Handels und der Industrie konnten Preissenkungen durchgesetzt werden. Das reichlichere ausländische Angebot hat die Märkte für Obst und Gemüse etwas entspannt. Die Gewerkschaften halten mit Lohnforderungen zurück. Damit scheint die Gefahr eines Durchbruchs von Preisen und Löhnen auf breiter Front, die durch die starke Verteuerung der Saisonprodukte im Frühjahr drohte, im Augenblick gebannt zu sein.

Der Wirtschaftspolitik kommt zweifellos zu-statten, daß die Konjunktur gegenwärtig verhältnis-mäßig schwach ist. Zwar ist der Arbeitsmarkt noch immer angespannt. In der Industrie haben jedoch die konjunkturellen Auftriebskräfte merklich nach-gelassen und die Produktion wird hauptsächlich durch die knappe Nachfrage und nur noch verein-zelt durch reale Faktoren (Arbeitskräfte, Kapazitäten) beschränkt. Die Sorge um den Absatz und die versteckten Arbeitskraftreserven in vielen Betrieben haben den Preis-Lohn-Auftrieb zumindest ebenso-schr gedämpft wie die vereinzelt getroffenen oder in Aussicht gestellten Maßnahmen und die Appelle an das Verantwortungsbewußtsein der Sozialpartner.

Auf längere Sicht allerdings ist der Erfolg der Stabilisierungspolitik noch keineswegs gesichert. Die im ganzen noch sehr günstige westeuropäische Kon-junktur gibt auch der österreichischen Wirtschaft ständig neue Impulse. Die zunehmende Liqui-dität von Wirtschaft und Kreditapparat und andere Kräfte (Wiederauffüllung der Lager, Belegung der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern u. a.) könnten in absehbarer Zeit den Auftrieb wieder verstärken. Auch von einem weit überforderten Budget drohen neue Gefahren. Die Wirtschaftspolitik sollte sich daher nicht darauf verlassen, daß die Dämpfung der Konjunktur und die Normalisie-rung der saisonbedingt überhöhten Preise ohne wei-tere Anstrengungen von selbst die Stabilisierung des Geldwertes herbeiführen und sichern werden.

Die *Arbeitslage* ist nach wie vor günstig. Im Juli stieg die Zahl der Beschäftigten saisonbedingt um 20.200 (im Vorjahr um 21.000) auf 2.374.400. Gleichzeitig nahm die Zahl der vorgemerkten Ar-beitsuchenden um 1.000 (1.400) auf 32.900 ab, die Zahl der offenen Stellen sank um 2.300 (2.100) auf 49.200. Der Arbeitsmarkt stabilisiert sich gegenwärtig auf dem Vorjahresstand. Ende Juli gab es um 20.400 (Ende Jänner noch um 38.300), wenn man die einen Karenzurlaub genießenden Mütter aus-

schaltet nur um 12.200 oder 0,5% Beschäftigte mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitsuchenden (ohne Bezieher eines Pensionsvorschlusses) war ge-ringfügig (um 1.700) höher und die Zahl der offenen Stellen etwas (um 100) niedriger. Die Erstarrung des Arbeitsmarktes erklärt sich zum Teil daraus, daß die einsatzfähigen Reserven an Arbeitskräften praktisch ausgeschöpft sind. Das Arbeitskräfte-angebot wächst nur noch wenig und der geringe Restbestand an Arbeitsuchenden ist meist nur be-schränkt einsatzfähig. Zum Teil dämpfen die Ab-satzschwächen in verschiedenen Bereichen die Nach-frage nach Arbeitskräften. Verschiedene Industrie-zweige (z. B. Eisen- und Metallverarbeitung, Pa-pierindustrie und Holzverarbeitung) haben seit Frühjahrsbeginn Arbeitskräfte freigesetzt oder neh-men zumindest keine neuen Kräfte mehr auf. Den-noch werden noch viel mehr Arbeitskräfte gehalten, als bei der gegenwärtigen Produktion nötig wäre. Die Produktivität (Produktion je Beschäftigten) der Wirtschaft, vor allem der Industrie, stagniert daher auf dem Vorjahresstand, obwohl die maschinelle Ausrüstung der Betriebe weiter verbessert wurde und der technische Fortschritt arbeitsparende Pro-duktionsweisen ermöglichte.

Die *Industrie*produktion je Arbeitstag war im Mai ebenso wie im April nur um 1% höher als im Vorjahr. Im I. Quartal hatte die Zuwachsrate 4% betragen. Von den 23 im Index enthaltenen Bran-chen erzeugten 12 weniger und nur 11 mehr als im Vorjahr. Die Dämpfung der Investitionsgüterkon-junktur hat sich verstärkt. Insgesamt wurden um 5% weniger Investitionsgüter erzeugt als im Vorjahr. Außer der Produktion von Vorprodukten (— 9%) und Baustoffen (— 7%) wurde auch die Produktion fertiger Investitionsgüter (— 2%) eingeschränkt. Besonders gering (— 19%) war ferner der Ausstoß langlebiger Konsumgüter, insbesondere von Möbeln und Elektrogeräten. Dagegen hielt der Auftrieb in den traditionellen Konsumgüterindustrien an. Nah-rungs- und Genussmittel wurden um 5%, Beklei-dungsgegenstände um 14% und sonstige Verbrauchs-güter um 4% mehr erzeugt als im Vorjahr. Auch die Produktion einzelner Grundstoffe (insbesondere von Chemikalien und Erdölprodukten) sowie von Elek-trizität konnte nach wie vor ausgeweitet werden.

Kurzfristig dürfte sich die Industrieproduktion kaum stärker beleben, obwohl Kapazitäten und in vielen Betrieben auch Arbeitskraftreserven verfü-bar sind. Zwar ist die Nachfrage der Konsumenten nach langlebigen Konsumgütern wieder etwas leb-hafter geworden und die zum Teil sehr geringen Vorräte an Vorprodukten legen Eindeckungskäufe

nahe. Andererseits können die forcierten Exporte, die verschiedene Unternehmungen in den ersten Monaten dieses Jahres getätigt haben, um Auftragslücken zu überbrücken, nicht beliebig fortgeführt werden. Auch würde eine Belebung des Absatzes zunächst zumindest teilweise dazu verwendet werden, Fertigwarenvorräte abzubauen und Auftragsbestände aufzufüllen. Nach den quartalsweisen Befragungen im Konjunkturtest des Institutes waren die Auftragsbestände in den verarbeitenden Industrien Mitte 1962 in den meisten Zweigen um 10 bis 20% niedriger als Mitte 1961. Sie entsprachen in den Investitionsgüterindustrien, die häufig auf Bestellung arbeiten und daher größere Auftragspolster brauchen, der durchschnittlichen Produktion von 37 Monaten (im Vorjahr 43 Monate) und in den Konsumgüterindustrien von 17 (19) Monaten. Gleichzeitig sind die Fertigwarenlager (vor allem in der Eisen- und Metallwarenindustrie, der Holzverarbeitung und in verschiedenen traditionellen Konsumgüterindustrien) gewachsen.

In der *Landwirtschaft* war die Getreideernte nach den bisherigen, noch unvollständigen Angaben gut, erreichte aber nicht die Rekorderträge vom Vorjahr. Auch Heu fiel infolge der feuchten Witterung reichlich an. Die übrigen Feldpflanzen gediehen weniger gut; die kurze Vegetationszeit läßt hier nur mittlere oder mäßige Ernten erwarten. Die heuer besonders spät einsetzende Grünfütterung, regte die Milchproduktion an. Die Lieferungen stiegen von Mai auf Juni um 2% und waren um 8% höher als im Vorjahr. Da der Trinkmilchverbrauch stagnierte, mußte viel mehr Butter und Käse erzeugt werden. Auch die Marktproduktion von Fleisch war dank günstigen Exportmöglichkeiten sehr hoch. Es wurden um 7% mehr Schweine, um 24% mehr Rinder und um 12% mehr Kälber geliefert als im Vorjahr. In der 5. Novelle zum Marktordnungsgesetz wurden die Produzentenbeiträge zur Milchleistungskontrolle erhöht und das Landwirtschaftsministerium ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen die Schweinemast (vor allem in gewerblichen Betrieben) zu drosseln. Einschneidende Lenkungsmaßnahmen werden jedoch vorerst kaum nötig sein, da die Schweinehaltung rückläufig ist.

Die Nachfrage nach *Energie* blieb auch im Juni lebhaft, da die kühle Witterung im Frühjahr die Vorräte stark gelichtet hatte. Kohle wurde um 8% (Auslandskohle um 10%, Inlandskohle um 5%) mehr verkauft als im Vorjahr. Der hohe Bedarf, insbesondere der Gaswerke und der Haushalte, sowie die vertraglich festgesetzten Mehrbezüge der Dampfkraftwerke ermöglichten es den heimischen

Gruben, annähernd so viel Braunkohle zu fördern wie im Vorjahr und die Haldenbestände abzubauen. Der Absatz von Erdölprodukten war um 16% höher, insbesondere Benzin (+22%) und Heizöl (+24%) wurden viel mehr verkauft als im Vorjahr. Da die heimischen Raffinerien den Mehrbedarf nur teilweise decken konnten, mußte mehr importiert werden. Elektrischer Strom wurde um 5% und Erdgas um 1% mehr verbraucht als im Vorjahr. Der Ausbau des Erdgasnetzes ist praktisch abgeschlossen, die knappen Erdgasvorräte lassen keine stärkere Ausweitung des Angebotes mehr zu.

Der *Einzelhandel* schnitt im Juni besonders gut ab. Die Umsätze stiegen um 10%, gegen nur 4% in vergleichbaren Jahren. Sie waren um 20% (real um etwa 13%) höher als im Vorjahr. Die bemerkenswerte hohe Zuwachsrate kann nur teilweise damit erklärt werden, daß Pfingsten heuer in den Juni, im Vorjahr dagegen in den Mai fiel. (Im Mai und Juni zusammen waren die Umsätze um 14% höher als im Vorjahr, gegen nur 9% im Zeitabschnitt Jänner bis April.) Möglicherweise haben der Preisauftrieb und die wiederauflebende Budgetdiskussion die Kaufneigung verstärkt. Dafür spräche auch, daß der Spareinlagenzuwachs in den letzten Monaten auffallend schwach war. Zum Teil dürften auch Anschaffungen (hauptsächlich an Bekleidungsgegenständen und langlebigen Gütern), die in den ersten Monaten zurückgestellt wurden, nachgeholt worden sein. Besonders gut gingen dank den Pfingsten und fünf Verkaufssamstagen Nahrungsmittel. Ihre Umsätze waren um 27% (real um 14%) höher als im Vorjahr. Auch Bekleidungsgegenstände (+15% und +13%) konnten, begünstigt durch das wechselhafte Wetter flott verkauft werden. Nicht zuletzt scheint sich der Absatz von langlebigen Gütern wieder zu beleben. Er war im Mai um 4% (real um 3%) und im Juni um 11% (10%) höher als im Vorjahr. In den ersten vier Monaten dagegen waren um 3% (real um etwa 6%) weniger dauerhafte Konsumgüter verkauft worden. Die lebhaften Umsätze und die zum Teil geringen Lager veranlaßten den Handel, wieder etwas großzügiger zu bestellen.

Die kräftige Belebung der *Exporte* seit Frühjahrsbeginn wurde im Juni unterbrochen. Die Ausfuhr sank um 134 Mill. S oder 5%, stärker als saisongemäß zu erwarten war. Mit 2.716 Mill. S wurde das Vorjahresergebnis um nicht ganz 2% übertroffen. Das ist die geringste Zuwachsrate seit Jahresbeginn. Das mäßige Exportergebnis vom Juni kann auf kurzfristige Zufallseinflüsse zurückgehen. Möglicherweise ließen aber auch die Exportumsätze der Vormonate die Außenhandelskonjunktur als zu gün-

stig erscheinen, weil noch alte Aufträge ausgeliefert wurden und der Absatzrückgang im Inland vorübergehend durch forcierte Exporte überbrückt wurde. Die Ausfuhr sank im Juni in allen Warengruppen. Nahrungs- und Genußmittel (hauptsächlich Getreide) wurden um 40 Mill. S, Rohstoffe (Holz) um 17 Mill. S und halbfertige Waren (Eisen und Stahl, Nicht-Eisenmetalle) um 63 Mill. S weniger ausgeführt als im Mai. Relativ am besten (— 13 Mill. S) hielt sich die Fertigwarenausfuhr. Geringere Exporte von Maschinen, Textilien und Metallwaren wurden durch größere Exporte von Elektrowaren, Verkehrsmitteln, Bekleidungsgegenständen und anderen Konsumwaren fast ausgeglichen.

Die *Einfuhr* sank im Juni um 60 Mill. S oder 2% auf 3 189 Mill. S, viel schwächer als die Ausfuhr. Sie war um fast 7% höher als im Vorjahr, gegen nur 1% in den ersten fünf Monaten. Die Einfuhr blieb vor allem deshalb hoch, weil viel ausländische Nahrungsmittel und Rohstoffe bezogen wurden. Um die Knappheit an Saisonprodukten zu mildern, wurden im Juni um 142 Mill. S Obst und Gemüse eingeführt, mehr als je zuvor. Die gesamten Nahrungs- und Genußmittelimporte waren um 10 Mill. S höher als im Mai und ebenso wie in den letzten Monaten höher als im Vorjahr. Die Rohstoffeinfuhr (hauptsächlich Erze, Schrott und Brennstoffe) stieg teils infolge von Vorratskäufen um 54 Mill. S und übertraf zum ersten Male seit Jänner den Vorjahresstand. Dagegen sank die Einfuhr von halbfertigen Waren um 12 Mill. S und die von Fertigwaren um 118 Mill. S. Die 10%ige Zollsenkung gegenüber den EFTA-Staaten ab 1. Juli dürfte die Fertigwarenimporteure veranlaßt haben, ihre Bezüge hinauszuschieben.

Da die Einfuhr schwächer sank als die Ausfuhr, stieg der *Einfuhrüberschuß* von 399 Mill. S im Mai auf 473 Mill. S im Juni. Er war zum ersten Mal seit Februar 1961 höher (um 159 Mill. S) als im Vorjahr. Trotzdem hatte die Devisenbilanz einen Rekordüberschuß. Die *valutarischen Reserven* der Notenbank nahmen im Juni um 1 461 Mill. S (im Vorjahr nur um 438 Mill. S) und im Juli um weitere 1 691 Mill. S (1 091 Mill. S) zu. Ende Juli verfügte die Notenbank über 10 8 Mrd. S Gold und 14 9 Mrd. S Devisen. Der kräftige Devisenzustrom kam zum Teil aus dem überaus lebhaften Fremdenverkehr. Die Zahl der Ausländernachtigungen war im Juni um 23% höher als im Vorjahr. Die Deviseneinnahmen erreichten brutto 1 093 Mill. S und netto 904 Mill. S; sie waren um 29% und 36% höher als im Juni 1961. Außerdem dürfte besonders im Juni viel Kapital importiert worden sein.

Die umfangreichen Devisenkäufe der Notenbank verflüssigten den *Kreditapparat*. Seine Nettosition verbesserte sich im Juni um 0 5 Mrd. S und im Juli um weitere 1 4 Mrd. S. Ende Juli erreichte sie mit 4 6 Mrd. S den höchsten Stand seit Herbst 1959 (Ende Juli 1961 hatte sie nur 0 4 Mrd. S betragen). Da sich der Geldmarkt bis Ende September saisongemäß weiter verflüssigen wird, werden die liquiditätsbeschränkenden Maßnahmen der Notenbank (Erhöhung der Mindestreserven um ein halbes Prozent, Verkauf von 220 Mill. S Schatzscheinen) den Kreditgewährungsspielraum des Kreditapparates nicht entscheidend einengen. Die Tendenz sinkender Zinssätze, die sich trotz unveränderter Bankrate zumindest in jenen Bereichen der Kreditwirtschaft anbahnt, die über verhältnismäßig hohe flüssige Mittel verfügen, wird voraussichtlich anhalten. Trotz der wachsenden Liquidität des Kreditapparates ist die Kreditausweitung mäßig, offenbar weil die Wirtschaft nur verhältnismäßig wenig Kredite nachfragt. Ohne die mit der Vorfinanzierung der Bundesanleihe zusammenhängenden Transaktionen wurden im Juni 727 Mill. S zusätzliche kommerzielle Kredite vergeben, um 329 Mill. S mehr als im Mai, aber um 275 Mill. S weniger als im Vorjahr. Der Zufluß längerfristiger Mittel war im Juni gering. Per Saldo wurden auf Sparkonten nur 235 Mill. S (im Vorjahr 295 Mill. S) eingelegt, von Terminkonten wurden sogar 110 Mill. S abgezogen (Zuwachs Juni 1961 211 Mill. S). Österreich übernahm am 1. August die Verpflichtungen des Artikels VIII der Statuten des Internationalen Währungsfonds (bisher galt der ursprünglich nur für die unmittelbare Wiederaufbauperiode nach Kriegsende bestimmte Artikel XIV). Es verzichtet damit formell auf eine (einseitige) Devisenbewirtschaftung für laufende Geschäfte und verpflichtet sich, Guthaben von Ausländern, die aus solchen Transaktionen entstanden sind, in die Währung anderer Mitgliederstaaten zu konvertieren. Der Übergang zu Artikel VIII, den die anderen westeuropäischen Länder schon vor 1 1/2 Jahren vollzogen haben, ändert nichts wesentliches am gegenwärtigen Devisenregime. Er hat jedoch psychologische und verhandlungstaktische Bedeutung.

Die seit längerem erwartete Verbilligung von Saisonprodukten wirkte sich im Juli fühlbar auf das allgemeine *Preisniveau* aus. Von Mitte Juni bis Mitte Juli sank der Index der Großhandelspreise um 1 7% auf 981 (1938 = 100) und der Index der Verbraucherpreise für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte um 1 8% auf 113 1 (1958 = 100). Mitte Juli waren die Verbraucherpreise um 4 6%

höher als im Vorjahr (Mitte Mai noch um 6 5% und Mitte Juni um 6 3%) Der Rückgang des Index ist ausschließlich Verbilligungen von Saisonprodukten zu danken Der Aufwand für Kartoffeln, Obst und Gemüse sank von Mitte Juni bis Mitte Juli um 17%, war allerdings noch um 31% (Mitte Juni um 44%) höher als im Vorjahr. Viel billiger wurde vor allem Gemüse, während Kartoffeln und Obst noch ziemlich teuer blieben Die Preise nicht unmittelbar saisonabhängiger Produkte (vor allem verschiedener Eisen- und Metallwaren, Braunkohle) haben im allgemeinen noch etwas angezogen (durchschnittlich um 0 2%), die Verteuerung war aber geringer als im Juli 1961. Der Abstand des Verbraucherpreisindex ohne Saisonprodukte gegen das Vorjahr sank von 3 0% auf 2 5% (Mitte Oktober hatte er noch 5 1% betragen). Bei konsequenten Stabilisierungsbemühungen sollte es möglich sein, ihn in den kommenden Monaten weiter zu verringern.

Neue branchenweise *Lohnvereinbarungen* wurden nur in einigen wenigen Fällen (auf Grund weiter zurückliegender Forderungen) getroffen Die Ar-

beiter in der Erdölverarbeitung erhielten ab Mitte Juni um 8% bis 18% und die Süßwarenarbeiter Anfang Juli um 8% bis 13% höhere Mindestlöhne. Die Bediensteten der Polizei (einschließlich Gendarmerie und Zollwache) setzten nach Streik Gebührenerhöhungen für verschiedene Mehrleistungen durch, die 1962 etwa 14 Mill S erfordern werden Die Brutto-Wochenverdienste der Wiener Arbeiter waren im II. Quartal um 7 2% höher als im Vorjahr. Die österreichische Industrie zahlte im gleichen Zeitraum ihren Arbeitern um 5% und ihren Angestellten um 7 3% höhere Brutto-Monatsverdienste (einschließlich einmalige Zulagen) Die Verdienste vor allem der Arbeiter steigen gegenwärtig merklich schwächer als 1961 (im IV. Quartal 1961 waren die Arbeiterverdienste um 10 3% und die Angestelltenverdienste um 9 0% höher gewesen als im Vorjahr). Dennoch gelang es nicht, die Lohnkosten je Erzeugungseinheit zu stabilisieren, da gleichzeitig der Produktivitätsfortschritt langsamer wurde und in wichtigen Betrieben zumindest vorübergehend überhaupt aufgehört hat.

## Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.10

Weitere Kapitalimporte und saisongemäß steigende Fremdenverkehrseinnahmen ließen den Devisenzulu in den letzten Monaten Rekordhöhe erreichen. Die Kreditunternehmungen konnten daher ihre Liquidität weiter verbessern, obwohl der Bargeldbedarf der Wirtschaft ungewöhnlich stark zunahm und die zusätzlichen längerfristigen Einlagen kaum ein Drittel der neuen Anlagen deckten.

Die *valutarischen Reserven* der Notenbank wuchsen im Juni um 1.461 Mill. S und im Juli um 1.691 Mill. S, gegen 438 Mill. S und 1.091 Mill. S im Vorjahr. Der Zuwachs im Juli wurde großteils in Gold (1.450 Mill. S) und nur zu einem geringen Teil in Devisen (241 Mill. S) angelegt. Ende Juli erreichten die Goldbestände der Nationalbank bereits 10,8 Mrd. S und die Devisenreserven 14,9 Mrd. S; sie deckten den durchschnittlichen Einfuhrbedarf von 8 Monaten. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren die Goldreserven um 3,2 Mrd. S und die Devisenbestande um 3,8 Mrd. S niedriger gewesen.

Die Nationalbank hat verschiedene liquiditatsbeschrankende Maßnahmen getroffen. Anfang Juli wurde der Kauf von ausländischen Wertpapieren durch Inländer unter bestimmten Voraussetzungen freigegeben. Am 1. August wurden die Mindestreserven um je ein halbes Prozent erhöht und 220 Mill. S 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%ige Schatzscheine verkauft, deren Erlös stillgelegt wurde. Dadurch wurden etwa 550 Mill. S flüssige Mittel des Kreditapparates gebunden. Die praktische Bedeutung dieser Maßnahmen darf allerdings nicht überschätzt werden. Eine merkliche Verringerung des Zahlungsbilanzberschusses und der Liquidität des Kreditapparates ist vorerst kaum zu erwarten. Ferner ging Österreich Anfang August vom Artikel XIV des Statuts des Internationalen Währungsfonds (IMF), der nur für die Übergangszeit nach dem Krieg vorgesehen war, auf Artikel VIII über. Diese Bestimmung verbietet den Mitgliedern, Zahlungen aus laufenden Geschäften ohne ausdrückliche Zustimmung des Fonds zu beschränken, und verpflichtet zur Konvertierung von eigenen Wahrungsbestanden, die Ausländer aus laufenden Transaktionen erworben haben. Außerdem müssen die Währungen aller Mitglieder gleich behandelt werden und dem Währungsfonds bestimmte Statistiken zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Übergang zu Artikel VIII sind keine nennenswerten Änderungen des gegenwärtigen Devisenregimes verbunden. Er ist jedoch, abgesehen von

psychologischen und verhandlungstaktischen Gesichtspunkten, insofern von Bedeutung, als Österreich damit endgültig auf die einseitige Einführung von Devisenbewirtschaftung verzichtet. Die anderen westeuropäischen Länder waren schon im Februar 1961 auf Artikel VIII übergegangen.

Infolge der umfangreichen Devisenkäufe der Nationalbank nahm die *Liquidität* des Kreditapparates stark zu. Die Nettosition verbesserte sich im Juni um 475 Mill. S und war mit 3.242 Mill. S um 3.168 Mill. S höher als im Vorjahr. Trotz dem Abzug von 823 Mill. S Zentralbankgeld konnte der Kreditapparat seine Nationalbankgirokonten um 858 Mill. S erhöhen, mußte sich allerdings mit 355 Mill. S zusätzlich an die Notenbank verschulden. Im Juli besserte sich seine Nettosition um weitere 1.365 Mill. S. Er baute die Verschuldung um 363 Mill. S ab und legte 808 Mill. S auf Girokonten. Die Erhöhung des Banknotenumlaufs war im Juli mit 361 Mill. S viel schwächer als in den Vorjahren.

Die *Kreditkontrollabkommen* konnten im Juni wieder besser eingehalten werden: es fehlten nur 829 Mill. S Liquidität ersten Grades, um 307 Mill. S weniger als im Vormonat. Die Überschüsse nach den *Mindestreservenvorschriften* stiegen nur um 18 Mill. S auf 560 Mill. S, weil trotz dem höheren Ultimostand im Durchschnitt nur wenig mehr auf Nationalbankgirokonten gehalten wurde als im Mai. Im Juli dürften sich allerdings die Überschüsse wieder stark vergrößert haben: die Erhöhung der Sätze ab 1. August wird daher kaum ins Gewicht fallen.

Die *Spareinlagen* scheinen sich heuer genau umgekehrt zu entwickeln wie im Vorjahr. Damals hatte sich die zunächst recht schwache Einlagenentwicklung ab Mai zusehends gebessert, dagegen wurde heuer — nach einem außerordentlich guten Beginn — von Monat zu Monat weniger eingelegt. Im Juni war der Zuwachs von 234 Mill. S (0,6%) absolut der niedrigste seit 1955, prozentuell sogar seit 1948. Besonders gering waren die Nettozugange bei den Banken und bei den Bausparkassen.

Die *Termineinlagen*, die im Sommer meist besonders rasch wachsen, nahmen im Juni um 112 Mill. S ab; die hohen Deviseneinnahmen schlugen sich offensichtlich nur in Sichteinlagen nieder. Inwieweit die Abnahme im Juni nur eine Folge der überdurchschnittlich starken Zunahme in den Vormonaten ist, kann derzeit noch nicht festgestellt werden.

Der Absatz der *Bankemissionen* war im Juni zufriedenstellend; obwohl er im Sommer meist zu-

rückgeht, konnten 74 Mill. S verkauft werden, davon 11 Mill. S Kassenobligationen. Über drei Viertel des Absatzes entfielen auf die Landeshypothekenanstalten.

Der schwächere Einlagenzuwachs und die hohe Liquidität ließen den Kreditapparat im Juni wieder expansiv wirken. Er legte 606 Mill. S an, mehr als dreimal so viel als ihm an längerfristigen Einlagen zufloß.

Das Kreditgeschäft belebte sich in letzter Zeit wieder. Schaltet man aus dem *kommerziellen Kreditvolumen* die Transaktionen aus, die mit der Vorfinanzierung der Bundesanleihe zusammenhängen, so nahm es im April um 472 Mill. S, im Mai um 325 Mill. S und im Juni um 710 Mill. S zu, war aber auch im Juni noch viel niedriger als im Vorjahr (1.002 Mill. S). Die Kreditausweitung erstreckte sich hauptsächlich auf „sonstige Kredite“ (vor allem Kontokorrentkredite). Die Hypothekarkredite wuchsen wenig und die bei den Kreditunternehmungen aushaftenden Wechselkredite gingen — allerdings nur infolge stärkerer Rediskontierungen — sogar zurück.

Wie in den beiden Vormonaten wurden auch im Juni wieder 50 Mill. S *Bundesschatzscheine* zurückgelöst (Damit ist die Hälfte der für heuer vorgesehenen Quote von 300 Mill. S getilgt.) Dagegen übernahm der Kreditapparat 416 Mill. S *sonstige Wertpapiere*, offenbar zum größten Teil Bundes- und Wohnhaus-Wiederaufbaufonds-Anleihen. Von den Anleiheemissionen im Juni (700 Mill. S) sind daher etwa 60% im Kreditapparat geblieben. Besonders viel Wertpapiere übernahmen die Banken (192 Mill. S) und die Sparkassen (131 Mill. S).

Die Devisenkäufe der Notenbank und die Kreditschöpfung ließen das *Geldvolumen* im Juni um 1.386 Mill. S steigen, fast doppelt so stark wie im Vorjahr (767 Mill. S). Es kamen 823 Mill. S Noten und Münzen zusätzlich in Umlauf (im Vorjahr 544 Mill. S); bei den Kreditunternehmungen wurden 563 Mill. S und bei der Notenbank 128 Mill. S auf Sichtkonten eingelegt (im Vorjahr 223 und —30 Mill. S).

Der *Aktienmarkt* blieb weiter schwach. Der Gesamt-Aktienkursindex fiel im Juni um 9,2% und im Juli um 3,9%, der für Industrieaktien um 8,9% und 5,3%. Die Umsätze sanken von 83 Mill. S im Juni auf 36 Mill. S im Juli; die Abgaben stammten zum Teil aus dem Ausland, aus dem Inland lagen weder größere Kauf- noch Verkaufsaufträge vor. Die Möglichkeit, ausländische Wertpapiere zu erwerben, wurde nur wenig und meist nur zur Abrundung von bereits bestehenden Depots ausgenutzt.

Das Bezugsrecht einer Wandelanleihe (125 Mill. S, 6%) wurde in der zweiten Junihälfte um 25% unter seinem rechnermäßigen Wert gehandelt.

Auch *Anleihen* dürften derzeit nur wenig gekauft werden. Trotz optimistischer Berichte der Großbanken konnten nur etwa 40% der letzten beiden Anleihen (Bund und Wohnhaus-Wiederaufbaufonds) im Publikum abgesetzt werden; auch ältere Anleihen stoßen bei gleichbleibenden Kursen auf wenig Interesse. Ein Teil der Kaufaufträge stammt aus dem Ausland, da das Zinsniveau trotz der Steigerung der Kapitalmarktzinssätze in Deutschland noch immer attraktiv ist.

## Preise und Löhne

*Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8, 10.5 und 10.6*

Auf den *Weltmärkten* waren die Rohwarenpreise zum Teil noch rückläufig, die Walzstahlnotierungen und die Frachtraten hingegen haben sich vielfach gefestigt oder sind stabil geblieben. Im *Inland* wirkten sich saisonbedingt Preiserückgänge stärker aus als konjunkturelle Auftriebstendenzen. Die Lohnbewegung ist vorläufig abgeflaut.

Auf den internationalen *Rohwarenmärkten* sind die Preise der industriellen Rohwaren vielfach und zum Teil neuerlich zurückgegangen, die Agrarprodukte hingegen notierten unterschiedlich. Die Verlangsamung der Konjunktur in den USA, saisonbedingte Nachfrageschwächen und ein partielles strukturelles Überangebot waren die Hauptursachen für die im allgemeinen rückläufigen oder gleichbleibenden Preise. Besonders niedrig notierten einige NE-Metalle. Obwohl die Internationale Studiengruppe für Blei und Zink Ende Mai bekanntgab, daß die Erzeuger das Angebot freiwillig drosseln wollen, sind die Preise beider Metalle inzwischen noch weiter gesunken. In London wurden im Juli Zink und Blei um 3% und 8% billiger und erreichten mit 65 £ und 50½ £ je Tonne den tiefsten Stand seit 1958 bzw. seit Kriegsende. Ferner gingen die Preise für Zinn, Jute und Kautschuk um 2% bis 4% und für Kaffee um 9% zurück. In New York wurden Mais, Roggen, Baumwollsaatöl um 2% bis 5% und Kakao um 8% billiger, Sojaöl und Zucker hingegen um 4% und 9% teurer.

Im Vergleich zum Vorjahr notierten Ende Juli auf den englischen und amerikanischen Märkten Kautschuk, Zink, Blei, Sojaöl und Jute um etwa 10% bis 30% niedriger, Weizen und Kaffee hingegen zum Teil um 10% bis 15% höher als ein Jahr vorher.

Die internationalen *Rohwarenpreisindizes* veränderten sich nur wenig. *Reuter's Index* für Sterlingwaren ging von Anfang bis Ende Juli um 0,4% auf 408,4 (18. September 1931 = 100) zurück, *Moody's Index* für amerikanische Industriestoffe, in dem Agrarprodukte stärker vertreten sind, zog hingegen um 0,2% auf 371,9 (31. Dezember 1931 = 100) an. Ende Juli unterschritten die beiden Indizes ihren Vorjahresstand um 2,2% und 0,7%.

Auf den westeuropäischen Märkten für *Eisen* und *Stahl* verharteten die meisten Ausfuhrpreise für Kommerzstahl in den letzten vier Wochen auf ihrem bisherigen gedrückten Niveau, die teilweise Festigung der Notierungen (bis zu 3%) fiel kaum ins Gewicht. Innerhalb der Montanunion bemüht man sich, die Walzstahlpreise für Lieferungen nach Drittländern zu stabilisieren. Zunächst hat man die Exportmindestpreise teilweise erhöht, ferner wurde über die Möglichkeit beraten, Exportquoten für einzelne Walzstahlsorten festzusetzen.

Auf den freien *Frachtmärkten* haben sich die Raten zum Teil etwas gefestigt, nachdem sie noch im Juni stark gefallen und in vielen Fällen einen Nachkriegstiefstand erreicht hatten. (Der britische Trampfrachtindex sank von Mai bis Juni um 14% und lag damit auf dem niedrigsten Stand seit 1949.) In der transatlantischen Getreide- und Tankerfahrt zogen im Juli die Raten teilweise um 10% bis 20% an, da sich die Nachfrage unerwartet belebte. Infolge der anhaltenden Strukturkrise auf den Frachtmärkten dürfte aber dieser Preisfestigung vorläufig keine größere Bedeutung beizumessen sein.

Im *Inland* hielt zwar der leichte konjunkturbedingte Preisauftrieb an, dennoch sanken im Juli heuer erstmals die Verbraucherpreisindizes, da sich verschiedene Saisonprodukte, die im Juni noch sehr teuer waren, zum Teil stark verbilligten. Die Regierung und die Paritätische Preis-Lohn-Kommission haben vor kurzem verschiedene Stabilisierungsmaßnahmen beschlossen, die zum Teil schon durchgeführt wurden oder in Kürze wirksam werden sollen. So wurde eine elastische Einfuhr von Obst und Gemüse angeordnet, wobei gleichzeitig die Handelspreisen schärfer kontrolliert werden sollen. Das Sozialministerium wurde beauftragt, Vorschläge über eine gleichmäßigere Auslastung des Arbeitsmarktes auszuarbeiten. An die öffentlichen Körperschaften wurde appelliert, eine vorsichtige Ausgabenpolitik zu betreiben. Verhandlungen über gezielte Zollsenkungen wurden eingeleitet und beschlossen, die Anfang 1963 geplante Aufstockung der Globalkontingente für nichtliberalisierte Waren auf Anfang Oktober vorzulegen. Gleichzeitig

wurde ein bis Ende September befristetes allgemeines Stillhalteabkommen für Preise und Löhne vereinbart. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Anträge auf Preiserhöhungen zurückgestellt, bereits durchgeführte Preiserhöhungen teilweise wieder zurückgezogen und verschiedene Waren auf die Möglichkeit einer Verbilligung hin überprüft.

Der Index der *Großhandelspreise* ist von Mitte Juni bis Mitte Juli um 1,7% zurückgegangen, da der Teilindex für Nahrungs- und Genussmittel um 3% sank. Die starke und zum Teil saisonbedingte Verbilligung von Kartoffeln (15%), Weizen und Roggen (9% bis 10%) sowie von Kalbfleisch wirkten sich stärker aus als die Verteuerung von Rind- und Schweinefleisch (3% bis 5%). Der Teilindex für Industriestoffe hingegen zog um 0,4% an, da Kautschuk, Kupfer und Wolle (je 1%), Jute (3%), Baumwolle und Zink (je 5%) sowie Zinn (8%) teurer wurden. Seit Juli 1961 ist der Großhandelspreisindex um 8,4% und der Teilindex für Nahrungs- und Genussmittel um 12,5% gestiegen (ohne Kartoffeln, die etwa doppelt so teuer wie im Vorjahr waren, hätten die Steigerungen nur 1,8% und 0,8% betragen), der Teilindex für Industriestoffe lag um 3% höher.

Der Index der *Verbraucherpreise* (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) ging von Mitte Juni bis Mitte Juli um 1,8% zurück. Es stiegen zwar mehrere Teilindizes (0,1% bis 0,7%), doch fiel der Rückgang des Teilindex für Ernährung (3,8%) weit stärker ins Gewicht. Hier wirkte sich vor allem die Verringerung des Aufwandes für Kartoffeln (2%), Obst (7%) und Gemüse (37%) viel kräftiger aus als die Erhöhung der Preise für Schmalz und Fische (je 2%) sowie Eier (4%). Von den übrigen im Index erfaßten Waren und Dienstleistungen verteuerten sich insbesondere verschiedene Eisen- und Metallwaren (2% bis 3%) sowie Braunkohle (3%). Die Preise der Saisonprodukte sind regional sehr unterschiedlich gesunken, dadurch schwankte der durchschnittliche Rückgang der Verbraucherpreise in den erfaßten Städten zwischen 1% (St. Pölten, Eisenstadt) und 3,3% (Linz). Ohne Saisonprodukte (Obst, Gemüse, Eier, Kartoffeln) wäre der Verbraucherpreisindex im Bundesdurchschnitt nicht zurückgegangen, sondern um 0,2% gestiegen.

Der Abstand des Verbraucherpreisindex vom Vorjahr, der sich seit Februar 1962 fast ständig vergrößert hatte und im Mai am größten seit 1958 war (6,5%), hat sich im Juli stark verringert. Mit Saisonprodukten betrug er 4,6%, ohne Saisonprodukte sogar nur 2,5%.



Regionale Entwicklung der Verbraucherpreise<sup>1)</sup>

	Veränderung	
	Juli gegen Juni 1962	Juli 1962 gegen Juli 1961
	in %	
Eisenstadt	-1 0	+5 6
St. Pölten	-1 0	+5 7
Wr. Neustadt	-1 1	+5 5
Wien	-1 2	+4 3
Innsbruck	-1 5	+4 3
Bregenz	-1 6	+4 0
Salzburg	-1 9	+3 9
Klagenfurt	-2 5	+5 1
Graz	-3 1	+5 0
Linz	-3 3	+4 4

<sup>1)</sup> Verbraucherpreise durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalte

Der *Baukostenindex* (Rohbau einer Kleinwohnung ohne Handwerkerarbeiten) blieb im Juli unverändert. Er lag um 0 8% höher als vor einem Jahr, die Teilindizes für Baustoffe und Arbeit stiegen um 0 7% und 1 1%.

Die *Paritätische Preis-Lohn-Kommission* hat im Zuge ihrer Bemühungen um die Preisstabilisierung über die Möglichkeiten der Senkung der Preise von Elektrogeräten, Möbeln, Gummi- und Plastikwaren, Pflanzenschutzmitteln, Landmaschinen sowie Parfumerie- und Drogeriewaren beraten. In einigen Branchen einigte man sich im Zusammenwirken mit den zuständigen Interessenvertretungen, den Firmen Preissenkungen oder stabile Preise zu empfehlen, zum Teil machte man aber der Kommission bereits konkrete Zusagen (so sollen ab Mitte August Gummwaren teilweise um 2% bis 3% und Plastikwaren für die Verbraucher um 3% bis 13% billiger werden). Für Stahlguß wurden die bereits angekündigten Preiserhöhungen zum Teil wieder rückgängig gemacht.

Die *Lebendgewichtpreise* (Großhandel) auf dem Wiener Viehmarkt zogen im Juli für Schweine um 5% an, gingen für Rinder und Kälber aber um 2% und 7% zurück. Schweine waren um 2% teurer, Kälber und Rinder um 2% und 9% billiger als im Juli 1961. Die häufigsten Verbraucherpreise für *Fleisch* schwankten nur wenig. Rindfleisch kostete (im gewogenen Durchschnitt) annähernd gleich viel, Kalbfleisch und Schweinefleisch um je 1% mehr bzw. weniger als im Juni. Rind- und Schweinefleisch war um 1% bis 2% teurer, Kalbfleisch um 1% billiger als im Vorjahr.

Die Preise für *Obst* und *Gemüse*, die in den letzten Monaten stark angezogen hatten oder weit höher lagen als im Vorjahr, haben dank der zum Teil höheren Importe (auf die Wiener Märkte wurde im Juli um durchschnittlich ein Drittel mehr ausländisches Gemüse als im Vorjahr angeliefert) und der durch die Witterung begünstigten Steigerung des heimischen Angebotes zum Teil wieder

nachgegeben. Orangen, Kohlrabi und Kochsalat waren um rund ein Fünftel bis ein Viertel und Kohl um etwa die Hälfte billiger als im Juli 1961. Andererseits waren jedoch Neuseeländerspinat, Paprika und Karotten um annähernd ein Viertel bis zur Hälfte und ausländische Pflirsiche sowie heimische Ananaserdbeeren und Marillen um fast die Hälfte bis doppelt so teuer wie damals.

Die *Lohnbewegung* war mäßig, zumal da die Gewerkschaften derzeit Zurückhaltung üben. Die Mindestlöhne der Arbeiter in der Erdölverarbeitung wurden rückwirkend mit Mitte Juni um 8% bis 18% erhöht (die Ist-Löhne stiegen im Durchschnitt um etwa 8%), die der Süßwarenarbeiter mit Anfang Juli um 8% bis 13%. Nach den Post- und Telegraphenbediensteten konnten nunmehr nach Streikdrohung auch die Bediensteten der Exekutive ihre Forderungen durchsetzen. Als Übergangslösung für heuer wird ein Globalbetrag von 14 Mill. S für die Erhöhung verschiedener Mehrleistungsgebühren bereitgestellt werden, die endgültige Regelung soll Anfang 1963 in Kraft treten. Die lohn- und budgetpolitische Bedeutung der jüngsten Gehaltsbewegung der Bundesbediensteten ist nicht wegen ihres bisherigen Umfangs und Ausmaßes, sondern vor allem deswegen bedeutsam, weil sie auch die anderen Gruppen zu Forderungen anregen könnte.

Der Index der *Arbeiter-Nettotariflöhne* (für Verheiratete mit zwei Kindern) stieg von Juni auf Juli geringfügig um 0 04%, da der Teilindex für Facharbeiter wegen der teilweisen Ermäßigung der Lohnsteuer um 0 1% anzog. Seit Juli 1961 hat sich der Tariflohnindex um 3 5% und 4 2% (mit und ohne Kinderbeihilfen) erhöht<sup>1)</sup>.

Die *Verdienste* stiegen seit dem Vorjahr im allgemeinen stärker. Die Stundenverdienste der Wiener Arbeiter (ohne einmalige Zulagen) waren im Durchschnitt des II. Quartals 1962 um 9 4% höher

Entwicklung der im Netto-Tariflohnindex enthaltenen tariflichen Stundenlöhne seit Juli 1961

	Erhöhung %	Ab
Metallwarenindustrie	5 6—16 6	Mai 1962
Holzverarbeitende Industrie und Tischlergewerbe	—	Unverändert
Brotindustrie und Bäckereien	6 0	Juli 1961
Baugewerbe	8 2	Juli 1961
Molkereien	7 1—9 8	Jänner 1962
Textilindustrie	7 4—7 9	März 1962
Maschinen- und Elektroindustrie	5 6—16 6	Mai 1962
Brauereien	10 1—10 4	April 1962
Bekleidungs-gewerbe	—	Unverändert

<sup>1)</sup> Der Index der Arbeiter-Nettotariflöhne mußte nachträglich ab April 1962 geringfügig korrigiert werden, da die Erhöhung der Bauarbeiterlöhne wegen verspäteten Einlangens des Kollektivvertrages erst jetzt berücksichtigt werden konnte

als zur gleichen Zeit des Vorjahres, die Wochenverdienste stiegen brutto mit 7,2% und netto (für Verheiratete mit zwei Kindern) mit 7,8% vor allem wegen der teilweise geringeren Arbeitszeit etwas schwächer. Der Monatsverdienst je Industriearbeiter in Österreich (einschließlich aller Zulagen) erhöhte sich im gleichen Zeitraum brutto um 5,0%, netto um 4,5%, der je Industrieangestellten um 7,3% und 6,6%.

## Landwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.8

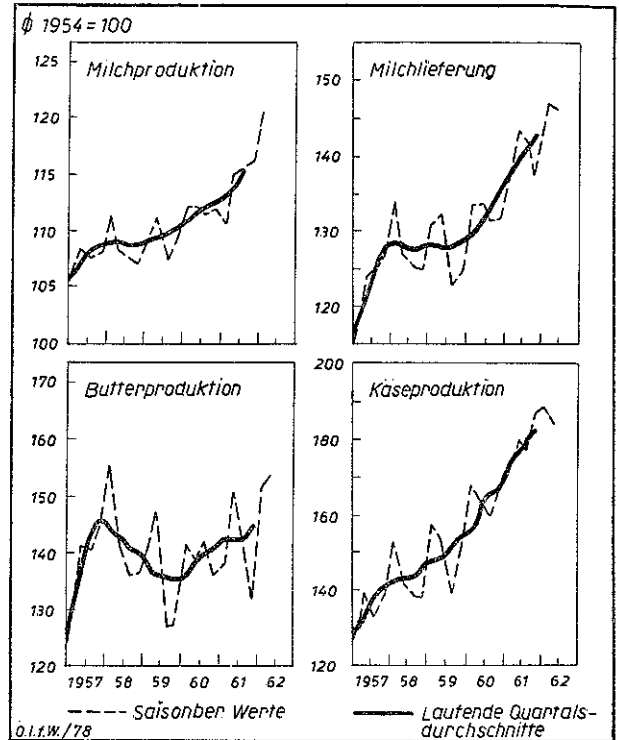
Über die *Getreideernte* liegen zur Zeit erst vereinzelt Angaben vor. Die Ergebnisse sind unterschiedlich, im Durchschnitt aber gut. Die späte Aussaat wirkte kaum ertragsmindernd, zumal der kühle und nicht zu trockene Juli das Getreide langsam reifen ließ. Die Hektarerträge — ausgenommen jene von Gerste — werden aber das Vorjahresniveau nicht ganz erreichen. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß 1961, ebenso wie 1960, Rekord-erträge erzielt wurden. Die *Heuernte* war der Menge nach sehr gut und höher als im Vorjahr, doch litt die Güte unter häufigen Regenfällen. Bei den übrigen Kulturpflanzen wirkte sich die verkürzte Wachstumszeit ungünstig aus; die Erträge werden voraussichtlich nur auf mittlerem Niveau oder darunter liegen.

Weil Getreide der heimischen Ernte erst im August verfügbar war und sich die Importe durch Streiks der Triester Hafnarbeiter verzögerten, entstand ein Engpaß in der *Futtergetreideversorgung*. Mitte 1962 war der Vorrat um die Hälfte kleiner als im Vorjahr (Futtergetreide — 54%, Mühlen-nachprodukte — 44%), der Verbrauch (Juni) dagegen um 9% größer.

Da die Produzenten wegen der Knappheit an Futtergetreide teilweise *Weizen* fütterten, kamen im Juni nur 3.100 t auf den Markt, um 24% weniger als im Vorjahr. An Roggen dagegen lieferten sie 5.700 t, um 16% mehr. Der Handel und die Mühlen hatten Mitte 1962 einen Vorrat von 183.500 Tonnen Brotgetreide, um 29% mehr als Mitte 1961. Er deckt den Mahlbedarf für drei Monate.

Die Marktleistung im Wirtschaftsjahr 1961/62 war mit 555.600 t Weizen und 250.100 t Roggen um 12% und 41% höher als im Vorjahr. Die Brotgetreidelieferung nach der Ernte 1961 (805.700 t) überstieg damit den Voranschlag des Getreideausgleichsfonds (755.000 t) um fast 50.000 t oder 7%. Die Umsätze ballen sich mit dem verstärkten Mäh-

## Produktion an Milch, Butter und Käse (Normaler Maßstab; $\phi$ 1954 = 100)

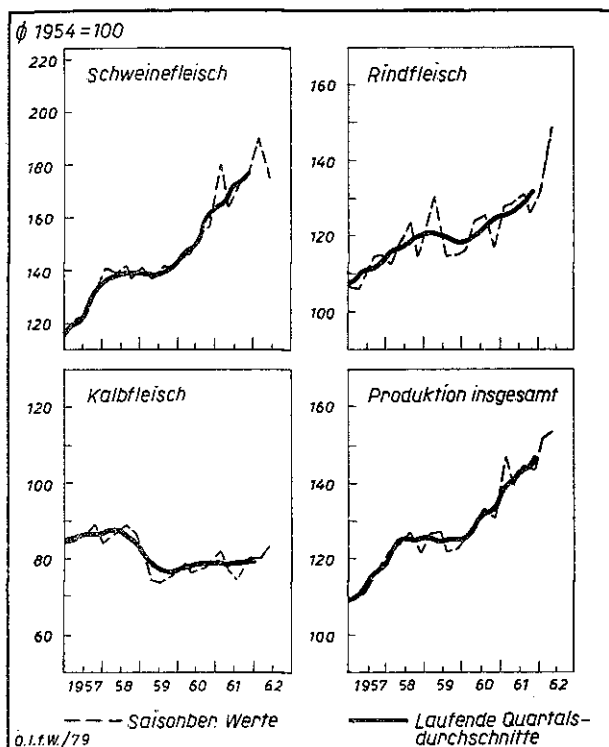


Die Milchproduktion hat im II. Quartal infolge der spät einsetzenden Grünfütterung etwas schwächer zugenommen, als saisongemäß zu erwarten war. Die saisonbereinigten Indizes der Milchlieferung und Käseproduktion waren um 1% und 2% niedriger als im I. Quartal, der Index der Butterproduktion dagegen war um 1% höher. Es wurde um 2% mehr Milch geliefert, um 2% mehr Butter und um 3% mehr Käse erzeugt als im gleichen Quartal des Vorjahres.

drusch — 1962 standen 12.500 Mähdrescher im Einsatz — zunehmend im 2. Halbjahr; so wurden von Juli bis Dezember 1961 87% der gesamten Marktproduktion abgesetzt, gegen nur 84% 1960/61 und 1959/60, und 81% 1958/59. Das hat zur Folge, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Getreidehandel immer mehr Reinigungsmaschinen, Trocknungsanlagen und Getreidesilos benötigen, um das Erntegut zu bergen. Die Anlagen, die man teilweise mit ERP-Mitteln errichtet, werden ständig erweitert. Allein Niederösterreich mit 51% der Brotgetreidefläche wird im Jahre 1963 über einen genossenschaftlichen Siloraum von 160.000 t und über 80 Trocknungsanlagen mit 7.600 t Tagesleistung verfügen.

Für die neue Brotgetreideernte gelten die gleichen *Monatspreise* wie im Wirtschaftsjahr 1961/62. Nur die Abzüge für erhöhte Feuchtigkeit und die Preise für Qualitätsweizen wurden teilweise geändert. Die Qualitätsgruppe III wird nicht mehr gesondert honoriert, die Gruppen II und I werden mit 8 S und 10,50 S je 100 kg zusätzlich prämiert. Die

**Marktproduktion an Fleisch**  
(Normaler Maßstab;  $\phi$  1954 = 100)



Die Schweinefleischproduktion hatte im II. Quartal stark sinkende, die Rind- und Kalbfleischproduktion stark steigende Tendenz. Den Ausschlag für die ungleiche Entwicklung gab einerseits der Futtermangel (Schweine) und andererseits ein umfangreicher Rinderexport nach Italien. Der saisonbereinigte Index der Marktproduktion an Fleisch erhöhte sich vom I. auf das II. Quartal um 1% (Schweinefleisch -8%, Rindfleisch +13%, Kalbfleisch +4%). Es kam um 10% (im I. Quartal um 4%) mehr Fleisch auf den Markt als im Vorjahr (+7%, +16%, +10%).

Auszahlung von *Mahlprämien* für das eigene Brotgetreide im landwirtschaftlichen Haushalt (35 S je 100 kg), die mit 1. Juli beginnen sollte, hat sich verzögert. Sie wird voraussichtlich im September oder Oktober erfolgen, bis die Vorarbeiten für eine reibungslose Abwicklung und Kontrolle abgeschlossen sind.

Die *Milchlieferungen* stiegen von Mai auf Juni infolge des späten Beginns der Grünfütterung saisonwidrig um 2% auf 161 000 t und waren um 8% höher als im gleichen Monat 1961. Da nur 49 800 t Frischmilch verkauft wurden, 1% weniger als im Vorjahr, wuchs die Butterproduktion um 15% auf 3 200 t und die Käseproduktion um 11% auf 2 900 t. Der Butterabsatz im Inland (2 764 t) war um 8% höher. Die Exportquoten für Butter und Käse betrugen 9% und 29%, die Exporterlöse 18 42 S und 18 38 S je kg. Im I. Halbjahr wurde um 4% mehr Milch geliefert als im Vorjahr.

Das Angebot an *Schlachtvieh* war im Juni teils der späten Pfingsten wegen und teils infolge überaus starker Rinderexporte höher, als saisongemäß zu erwarten war. Schweine und Rinder wurden um 4% und 3% mehr geliefert als im Mai — gewöhnlich sinkt das Angebot um 5% und 6% — und um 7% und 24% mehr als im Juni 1961. Das Kälberangebot ging von Mai auf Juni um 6% statt um 2% zurück, lag jedoch gleichfalls um 12% über dem *Vorjahresniveau*.

Die Schlachtungen und der Schlachtviehexport ergaben 31 500 t *Fleisch* einschließlich Speck und Talg. Damit lieferte die Landwirtschaft im Juni um 13% und im I. Halbjahr um 7% mehr Fleisch als im Jahr vorher. Der Export an Schlachtrindern erreichte mit 11 500 (Juni) bzw. 36 000 Stück (I. Halbjahr) einen neuen Rekord. Der Schlachtviehimport dagegen war unbedeutend. Der heimische Markt nahm 29 400 t (165 400 t) Fleisch und Fleischwaren auf, 9% (6%) mehr als 1961.

Die 5. *Novelle zum Marktordnungsgesetz* vom 12. Juli 1962, BGBl. Nr. 220, enthält u. a. neue Bestimmungen über die Milchwirtschaft und die Schweinehaltung. So wurde der *Beitrag der Produzenten zur Milchleistungskontrolle* von 0,50 auf 0,75 Groschen je Liter Liefermilch erhöht. Übersteigt das *Angebot an Schweinefleisch* den heimischen Bedarf und ist ein Export nicht möglich, kann das Landwirtschaftsministerium die Schweinemast drosseln. Es kann Personen, die im eigenen Betrieb keine geeigneten Futtermittel gewinnen, das Halten von mehr als fünf Schweinen untersagen. Auch das Halten von mehr als 100 Schweinen kann verboten werden. Ausnahmen sind möglich, z. B. dann, wenn das Verbot die Lebensfähigkeit einzelner Betriebe bedroht. Eine Produktionslenkung scheint notwendig, weil der Schweinepreis in Österreich gesteuert wird und der Marktmechanismus nicht funktioniert.

Zunächst jedoch wird man die Schweinemast nicht künstlich einschränken müssen, da die Schweinebestände im I. Halbjahr 1962 zurückgegangen sind. Auf alle Fälle sollte das Gesetz elastisch angewendet werden. Es gibt landwirtschaftliche Großbetriebe in Österreich, die ihre Viehhaltung weitgehend rationalisiert haben, statt Milchwirtschaft Rinder- und (oder) Schweinemast betreiben und über viel Futter verfügen. Die gewerbliche Mast, die das Gesetz treffen will, ist großteils so organisiert, daß Eingriffe durch den Staat schwer möglich sind. So schließen Vieh- und Futtermittelhändler Mastverträge mit Bauern, stellen einen Teil des Viehs und Futtermittel bei und bezahlen dem Mäster die Haltungskosten und eine Provision.

Das Landwirtschaftsministerium will ferner bindende *Qualitätsnormen für Obst* (Äpfel, Birnen, Pflaumen, Aprikosen) einführen. Der Verordnungsentwurf wird derzeit von den Kammern geprüft. Danach ist Obst streng nach Größe und Qualität zu klassifizieren (Klassen Extra, I, II, III und Industrieware); für die Klassen Extra und I ist die Sortenangabe obligat. Außerdem wird bestimmt, wie die Ware verpackt und gekennzeichnet werden muß. Eine Aufbereitung nach typisierten Handelsklassen erscheint notwendig, weil sonst die sorgfältig verpackte und standardisierte Importware auf dem heimischen Markt einen entscheidenden Vorsprung gewinne, insbesondere nach Wegfall der quantitativen Einfuhrbeschränkungen und zwischenstaatlichen Zölle.

Im Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten der EWG sind seit 1. Juli ähnliche Qualitätsnormen für Obst und Gemüse in Kraft. Erzeugnisse aus dritten Ländern können nur eingeführt werden, wenn sie den gemeinsamen oder zumindest gleichwertigen Normen entsprechen. Österreich muß somit sein Obst auch deshalb nach Qualität sortieren und ordentlich verpacken, weil es andernfalls seine Exportchancen verliert. Ähnliche, aber weniger einschneidende Bestimmungen gelten in Österreich seit 1. Juli 1962 für *Speisekartoffeln* (Verordnung vom 29. März 1962, BGBl. Nr. 97). Danach müssen Kartoffeln bereits vom Produzenten sortenrein geliefert und in allen Handelsstufen unter der richtigen Sortenbezeichnung verkauft werden.

Ein neues *Internationales Weizenabkommen*, das fünfte der Nachkriegszeit, gilt ab 1. August für drei Jahre. Die Mindest- und Höchstpreise wurden um 12,5 US-Cents auf 162,5 und 202,5 US-Cents je bushel Northern Manitoba Nr. 1 ab Lager Fort William-Port Arthur (1,65 und 1,95 S je kg) erhöht. Wie schon bisher werden die Exportländer den Importstaaten Weizen zu einem Preis liefern, der den Höchstpreis nicht überschreitet, und die Importländer den Exportstaaten einen bestimmten Anteil ihres Zuschußbedarfes abnehmen, sofern sich die Forderungen innerhalb des Preisbandes halten. Die *IWA-Quote Österreichs* beträgt 60% des Gesamtbedarfs. Da auch die UdSSR dem Abkommen beigetreten ist, kontrollieren die Exportländer künftig fast die ganze Weltweizenausfuhr. Die *Weizenvorräte* der großen überseeischen Exportländer betragen Mitte 1962 46 Mill. t. Sie waren infolge höherer Importe Westeuropas, Chinas und der Entwicklungsländer um 10 Mill. t geringer als im Vorjahr. Insbesondere Kanada, Argentinien und Australien haben ihre Lager stark geräumt. Weil der Über-

schußdruck nachgelassen hat, konnten die Exportstaaten ihre Preisforderungen durchsetzen. Man glaubt allerdings, daß der kommerzielle Weltweizenhandel in einigen Jahren infolge der Getreidemarktpolitik der EWG wieder schrumpfen wird.

## Energiewirtschaft

*Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.6*

Die *Nachfrage nach Energie* war im Juni wie in den Vormonaten beachtlich höher als im Vorjahr. Der hohe Heizbedarf in den kalten Frühjahrsmonaten hat offenbar die Kohlen- und Heizölvorräte gelichtet und veranlaßt die Verbraucher, ihre Lagerbestände zu ergänzen. Sie kauften im Juni um 8% und 16% mehr Kohle und Erdölprodukte als im Vorjahr. Dagegen war der Zuwachs des Stromverbrauchs mit 5% verhältnismäßig gering. Die Erdgasversorgung kann die potentielle Nachfrage nicht annähernd befriedigen; sie stieg nur noch um 1%. Die Erdgasförderung nahm um 2% zu, ebensoviel wie die Stromerzeugung (öffentliche Versorgung). Die Erdölförderung sank um 7% unter das Vorjahresniveau. Die Braunkohlenförderung jedoch war nur um weniges geringer. Die vorübergehend günstige Absatzlage für Inlandkohle ließ es weniger dringlich erscheinen, die Förderung stärker einzuschränken.

Obwohl die Witterung für die Jahreszeit viel zu kühl war, war der Zuwachs des *Stromverbrauchs* gegen 1961 im Juni mit 5% der geringste seit Jahresbeginn. Aus dem öffentlichen Netz wurden 1.037 Mill. kWh abgegeben. Ohne den Bedarf der Pumpspeicherung, der um 11% höher war als im Vorjahr, hat der Stromverbrauch nur um 4% zugenommen.

Das Volumen des Stromaustausches mit dem Ausland war mit 369 Mill. kWh um 4% geringer als im Juni 1961. Auf die *Einfuhr* entfielen 33 Mill. kWh (−3%), auf die *Ausfuhr* 336 Mill. kWh (−4%).

Die *Stromerzeugung* war nur um 2% höher als im Vorjahr; sie erreichte 1.343 Mill. kWh. Hievon wurden 91% hydraulisch und 9% kalorisch erzeugt. Die Wasserführung der Flüsse war reichlich; die Laufkraftwerke lieferten um 11% mehr Strom als vor einem Jahr (817 Mill. kWh). Die Speicherkraftwerke, deren Wasservorräte infolge der späten Schneeschmelze gering waren, erzeugten 412 Mill. kWh (−8%). Infolge der hohen Erzeugung in den Laufkraftwerken lieferten die kalorischen Kraft-

werke um 8% weniger Strom (114 Mill. kWh). Nahezu zwei Drittel der thermischen Stromerzeugung wurden aus Erdgas gewonnen. Die Kohlenvorräte nahmen daher wieder stärker zu. Am 30. Juni erreichten sie 497.000 t (SKB) und waren damit nur noch um 24% (Ende März: 31%) geringer als im Vorjahr.

Die Union für die Koordinierung der Erzeugung und des Transports elektrischer Energie (UCPTE) enthält in ihrem letzten Quartalsbericht Zahlen über die Steigerung der installierten Leistung in den acht Mitgliedstaaten (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Schweiz und Österreich). Sie verfügten 1961 insgesamt über 80 Mill. kW, um 8,4% mehr als im Vorjahr. Drei Viertel hiervon entfallen auf Frankreich (22 Mill. kW), die Bundesrepublik Deutschland (21 Mill. kW) und Italien (18 Mill. kW), auf Österreich 4 Mill. kW oder 5%. Im laufenden Jahr soll die Engpaßleistung innerhalb der UCPTE-Länder um mehr als 6 Mill. kW oder 7,6% zunehmen. Davon entfällt eine halbe Million kW oder 8,3% auf Österreich. Der stärkste Zuwachs ist in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien (je 2 Mill. kW) vorgesehen. In allen Ländern steigt die Größe der Kraftwerkseinheiten.

Die Entwicklung auf dem Kohlensektor war im Juni sehr uneinheitlich. Insgesamt war der Kohlenabsatz mit 599.000 t (SKB) um 8% höher als im Vorjahr. Steinkohle und Braunkohle wurde um 15% und 9% mehr, Koks um 10% weniger verkauft. Der Absatz von inländischer Kohle (+5%) nahm weniger zu als jener von Importkohle (+10%). Rund vier Fünftel der Importe entfielen auf Steinkohle, von der um 15% mehr eingeführt wurde als im Vorjahr. Am stärksten stieg die Braunkohleneinfuhr (41%), vorwiegend in Form von Briketts. Die Koksimporte waren um 17% geringer. Von den inländischen Kohlenarten konnte nur Braunkohle mehr abgesetzt werden (+6%). Der Steinkohlenabsatz schrumpfte weiter (-9%). Auch aus Importsteinkohle im Inland erzeugter Koks wurde um 7% weniger verkauft.

Die Kohlenkäufe der Hauptabnehmergruppen wichen zum Teil sehr stark vom Vorjahr ab. Während die Gaswerke um 156% mehr bezogen, nahmen die Hochöfen um 20% weniger ab. Die Gaswerke ergänzten ihre Vorräte. Das gleiche gilt für den Hausbrand (+36%). Die Dampfkraftwerke mußten vertragsgemäß um 8% mehr übernehmen als im Juni 1961, obwohl sie keinen Mehrbedarf an Kohle hatten. Der Verkehr und die Kokerei Linz kauften um 1% und 3% mehr Kohle als im Vorjahr.

Neben den Hochöfen nahm auch die Industrie weniger Kohle ab (-6%).

Die Kohlenförderung wurde auch im Juni nahezu auf dem Vorjahresniveau gehalten. Sie erreichte 230.000 t (SKB), um 2.000 t weniger als im Vorjahr. Pro Arbeitstag wurde sogar um 3% mehr Braunkohle gefördert als im Juni 1961. Nur die Steinkohlenförderung wurde um 7% auf 8.500 t eingeschränkt.

Die Nachfrage nach Erdölprodukten war im Juni sehr lebhaft. Nach vorläufigen Zahlen wurden insgesamt 243.000 t<sup>1)</sup> abgesetzt, um 16% mehr als im Vorjahr. Der Benzinabsatz, der im Mai schwächer war, übertraf das Vorjahresergebnis um 22%, der Dieselölabsatz hingegen war im Gegensatz zum Vormonat (+17%) geringer als 1961 (-4%). Petroleum bezogen die Verbraucher um 13% weniger. Am stärksten stieg die Nachfrage nach Heizöl. Der lange Winter hatte die Lagerbestände aufgezehrt, so daß sie nunmehr ergänzt werden mußten. Nach vorläufigen Ergebnissen kauften die Verbraucher um 24% mehr als im Vorjahr. Die heimische Produktion konnte nur einen geringen Teil dieses Mehrbedarfs befriedigen. Die Importe nahmen daher sehr stark zu (+44%).

Die Erdölförderung fiel im Juni stärker ab. Mit 185.000 t war sie um 7% geringer als im Vorjahr. Die Erdgasförderung nimmt nur noch langsam zu. Sie erreichte 112 Mill. m<sup>3</sup>, um 2% mehr als im Vorjahr. Die Abgabe an die Verbraucher konnte bloß um 1% auf 95 Mill. m<sup>3</sup> gesteigert werden. Nachdem im Juni die Verlegung des Erdgasnetzes in Gänserndorf abgeschlossen wurde (10 km Rohrleitungen, die größtenteils aus Kunststoff bestehen), ist das niederösterreichische Erdgasleitungsnetz nun 1.100 km lang.

## Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.31

Die Expansion der Industrieproduktion ist seit dem Frühjahr merklich schwächer geworden. Im April und Mai betrug der Zuwachs gegen das Vorjahr jeweils knapp 1%, gegen 4% im Durchschnitt des I. Quartals. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes und den bisher vorliegenden Produktionsergebnissen einzelner Industriezweige ist auch im Juni nur eine geringe Zunahme gegen 1961 zu erwarten.

<sup>1)</sup> Nur Benzin, Dieselöl, Petroleum und Heizöl

Das Produktionswachstum hat sich vor allem deshalb verlangsamt, weil der Auftrieb aus der Binnenkonjunktur nachläßt. Insbesondere die Investitionsneigung und die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern haben sich stark abgeschwächt. Die Investitionen hängen weitgehend von der Entwicklung der Ertragslage ab, die sich seit dem Vorjahr merklich verschlechterte. Da annähernd drei Viertel aller Industrieinvestitionen aus Eigenmitteln finanziert werden, wirken sich Ertragsänderungen rasch und kräftig auf die Investitionsgüternachfrage aus. Besonders einige Großindustrien mußten ihre Investitionsprogramme radikal kürzen. Die schwächere Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (Elektrowaren, Möbel usw.) dürfte zum Teil nur eine kurzfristige Reaktion auf die übermäßige Expansion in den letzten Jahren sein. Zum Teil dürfte auch das neue Ratengesetz den Absatz vorübergehend gedämpft haben.

Höhere Exporte mildern die Abschwächung der Binnenkonjunktur. Besonders die im Inland unter Absatzdruck leidenden Industrien drängen verstärkt in den Export, allerdings vielfach mit geringen Ertragsmargen. Einige dieser Zweige konnten bemerkenswerte Exporterfolge erzielen. Die eisenverarbeitenden Industrien (Maschinen-, Elektro-, Fahrzeug- sowie Eisen- und Metallwarenindustrie), die in den letzten Monaten durchwegs weniger produzierten als 1961, haben (zusammen) im I. Quartal um 21% und im April und Mai um 15% mehr exportiert als 1961.

Der Auftrieb stammt fast nur noch aus den traditionellen Konsumgüterindustrien und einigen Grundindustrien, darunter die chemische Industrie und die Erdölindustrie. Im Mai war der Zuwachs der Gesamtproduktion von 1% gegen 1961 einer Steigerung der Produktion von Konsumgütern

(3,8%) zu danken. Die Investitionsgütererzeugung war um 5,4% geringer als 1961, wobei alle Untergruppen unter dem Vorjahresniveau blieben. Vorprodukte (Eisen- und Stahl, Metalle) wurden um 9%, Baustoffe um 7% und fertige Investitionsgüter um 2% weniger erzeugt als 1961.

Die Konsumgüterindustrien sind durchwegs besser ausgelastet als im Vorjahr, ausgenommen die Erzeugung langlebiger Konsumgüter, deren Produktion um 19% geringer war. Nahrungs- und Genussmittel, Bekleidung und Verbrauchsgüter wurden um 5%, 14% und 4% mehr erzeugt. Im Bergbau und den Grundindustrien war der Zuwachs von 4% gegen 1961 den Raffinerien und der chemischen Industrie zu danken.

Die Umschichtung und Verlangsamung des Aufschwungs in der Industrie wird durch die Daten der Auftrags- und Lagerbewegung unterstrichen. In der gesamten verarbeitenden Industrie (ohne Grundindustrien) ist der Auftragsstand von Mitte 1961 bis Mitte 1962 vom 2,6fachen einer Monatsproduktion auf das 2,3fache gesunken und damit gleich hoch wie vor zwei Jahren. In den Investitionsgüterindustrien sank der Auftragsstand unter den von 1960. Die Lagerbestände an Fertigwaren haben seit dem Vorjahr im Industriedurchschnitt um etwa ein Drittel zugenommen und sind derzeit durchwegs höher als 1960.

#### Auftrags- und Lagerbestände der Industrie

	Auftragsbestände			Lagerbestände		
	1960	1961	1962	1960	1961	1962
	in Prozent einer laufenden Monatsproduktion					
Verarbeitende Industrie insgesamt	250	260	230	119	105	131
Investitionsgüterindustrie	380	430	370	120	111	134
Konsumgüterindustrie	170	190	170	119	103	130

Die Entwicklung der Auftragseingänge in den Investitionsgüterindustrien hat sich nach den Unternehmerangaben im Konjunkturtest gegen Jahresmitte merklich verschlechtert. Im Juni gingen die Aufträge um 8% zurück, gegen etwa 1% bis 2% in den Vormonaten.

Die Verlangsamung des Wachstums hat die Spannungen zwischen den Industriezweigen vergrößert. Von den 23 Industriezweigen des Produktionsindex haben im Mai 12 Zweige die Produktion vom Vorjahr nicht mehr erreicht. Die stärksten Einbußen verzeichneten die eisenverarbeitenden Industrien, die Metallindustrie und die Baustoffindustrie. Das stärkste Wachstum erzielten die Industrien des Bekleidungssektors, die Erdölindustrie (Verarbeitung) und die chemische Industrie.

#### Industrieproduktion nach Gruppen und Untergruppen<sup>1)</sup>

Industriezweig	Mai		Veränderung in %
	1961	1962	
	1956 = 100		
Insgesamt	136,2	137,3	+ 0,8
Bergbau und Grundstoffe	115,5	120,6	+ 4,4
Bergbau und Magnesit	105,0	105,1	+ 0,1
Grundstoffe	121,3	129,2	+ 6,5
Elektrizität	164,6	170,4	+ 3,5
Investitionsgüter	143,9	136,2	- 5,4
Vorprodukte	148,3	135,0	- 9,0
Baustoffe	184,5	172,1	- 6,7
Fertige Investitionsgüter	126,9	123,8	- 2,4
Konsumgüter	132,1	137,1	+ 3,8
Nahrungs- und Genussmittel	110,1	115,1	+ 4,5
Bekleidung	127,4	144,8	+ 13,7
Verbrauchsgüter	146,5	152,6	+ 4,2
Langlebige Konsumgüter	153,9	124,4	- 19,2

<sup>1)</sup> Nach Arbeitstagen

Die Produktion in 23 Industriezweigen<sup>1)</sup>

Industriezweig	Mai		Veränderung in %
	1961	1962	
	1956 = 100		
Bergbau	92 1	92 9	+ 0 9
Magnesit	139 7	138 1	- 1 1
Erdöl	96 3	110 5	+14 7
Eisenerzeugung	158 5	149 2	- 5 9
Metallerzeugung	145 3	131 5	- 9 5
Steine und Erden	179 3	166 3	- 7 3
Glaserzeugung	93 5	89 9	- 3 9
Chemie	163 0	173 8	+ 6 6
Papierherstellung	122 3	120 9	- 1 1
Papierverarbeitung	158 9	165 4	+ 4 1
Holzverarbeitung	166 6	175 9	+ 5 6
Nahrungsmittel	108 5	112 6	+ 3 8
Tabakwaren	116 8	123 4	+ 5 7
Lederherstellung	101 9	99 4	- 2 5
Lederverarbeitung	156 1	177 9	+14 0
Textilindustrie	122 5	137 8	+12 5
Bekleidung	136 9	162 0	+18 3
Gießereien	120 7	106 3	-11 9
Maschinen- Stahl- und Eisenbau	123 7	121 5	- 1 8
Fahrzeuge	116 4	98 0	-15 8
Eisen- und Metallwaren	137 6	117 1	-14 9
Elektroindustrie	168 1	153 8	- 8 5
Elektrizität	164 6	170 4	+ 3 5

<sup>1)</sup> Nach Arbeitstagen

Metallhütten

Die Metallindustrie ist seit der Vorkriegszeit stärker ausgebaut worden als alle anderen Industriezweige. Ihre Produktion erreicht derzeit nahezu das Zehnfache von 1937. Die Expansion beruht nicht auf besonders günstigen Produktionsbedingungen, sondern teils auf Investitionen in der Kriegswirtschaft, die später ergänzt und abgerundet wurden, teils auf neuen Investitionen der Nachkriegszeit, die durch die weltweite Knappheit an Buntmetallen angeregt wurden. Die Vorkommen an Metallerzen in Österreich sind gering. Sie können nur in Zeiten hoher Weltmarktpreise gewinnbringend abgebaut werden.

Die derzeitige Struktur der Metallindustrie entspricht trotz der starken Ausweitung nicht den Proportionen des heimischen Marktes. In der Aluminiumindustrie, die aus kriegswirtschaftlichen Überlegungen seinerzeit auf die zwanzigfache Kapazität von 1937 ausgebaut worden war, geht die Erzeugung weit über den Inlandsbedarf hinaus. Der Rohstoff der Aluminiumindustrie, die Tonerde, wird ausschließlich aus Westeuropa bezogen, weil Österreich selbst keine verwendbaren Bauxitvorkommen hat. Die Ausfuhr — mehr als die Hälfte der Produktion — geht zu rund 70% in fast alle europäischen Länder (davon 30% in die Bundesrepublik Deutschland und 15% in die Oststaaten), der Rest in zahlreiche Überseeländer. Die weite Streuung des Exports erklärt sich aus der starken internationalen Konkurrenz, die zu einer elastischen Marktpolitik zwingt.

Die übrigen Zweige der Metallindustrie (Kupfer-, Blei- und Zinkhütte) sind zwar nach dem Kriege erweitert und modernisiert worden (die Zinkelektrolyse wurde mit ERP-Hilfe neu errichtet), können aber nur einen Teil des Metallbedarfes decken, weil die heimische Rohstoffgrundlage zu schmal ist. Die Inlandsproduktion an Kupfer und Blei deckt rund ein Drittel und die Hälfte der Inlandsnachfrage, an Zink etwa drei Viertel.

Produktion, Ausfuhr und Einfuhr von Metallen

	1960			1961		
	Produktion	Ausfuhr	Einfuhr	Produktion	Ausfuhr	Einfuhr
	1 000 t					
Aluminium	68 0	35 2	1 9	67 7	42 9	1 6
Kupfer	11 8	4 5	26 6	11 9	6 3	30 1
Blei	11 7	3 2	13 3	12 1	2 9	10 7
Zink	—	5 4	7 1	—	5 1	8 5
Zinn	—	0 1	0 9	—	0 1	0 8
Nickel	—	0 1	3 4	—	0 0	3 0

Die riesige Kapazität der Aluminiumindustrie konnte in den ersten Nachkriegsjahren mangels Strom nur zu einem Bruchteil genutzt werden. Als dieser Engpaß nach und nach überwunden werden konnte, nahm die Produktion rasch zu. Schon 1954 erreichte die Produktion der Metallhütten das Sechsfache (die Aluminiumerzeugung das Dreizehnfache) von 1937, 1956 das Siebenfache. Mit der Annäherung an die Kapazitätsgrenze (Erweiterungen sind kaum vorgesehen) wurde das Wachstum merklich schwächer. Von 1956 bis 1961 stieg die Produktion nicht rascher als die der Industrie im Durchschnitt. Seit 1961 wächst sie nicht mehr. Von Jänner bis Mai 1962 blieb die gesamte Metallerzeugung knapp unter der vom Vorjahr, obwohl die Ausfuhr zugenommen hat.

Produktion und Beschäftigung der Metallindustrie

	1958	1959	1960		
	1956 = 100				
Produktion	106 9	118 9	135 2	133 2	133 7
Beschäftigung	100 6	103 2	109 2	114 1	115 0

<sup>1)</sup> Jänner bis Mai

Die Halbzeugwerke der Metallindustrie können weit mehr Buntmetalle verarbeiten, als erzeugt werden. Es werden deshalb viel mehr Rohmetalle importiert als Halbzeug. Umgekehrt wird dagegen der größere Teil des Aluminiums als Rohmetall exportiert und nur ein geringer Teil als Halbzeug. Die Verarbeitungskapazität wurde zwar (mit ERP-Investitionen) stark vergrößert, die Auslandsnachfrage nach Rohaluminium ist aber erheblich größer als die nach Halbwaren, weshalb die Umschichtung der Ausfuhr zu den höherwertigen Produkten nur langsam möglich ist.

Zufolge des hohen Anteils der eisen- und metallverarbeitenden Industriezweige an der gesamten Industriekapazität war früher die Einfuhr von Metallen einer der größten Passivposten in der Handelsbilanz. Jetzt entspricht die Ausfuhr (Aluminium und Spezialmetalle) annähernd der Einfuhr (Kupfer, Nickel u. a.).

### Ausfuhr und Einfuhr von Metallen 1961

	Ausfuhr Mill S	Einfuhr Mill S
Aluminium	653,7	68,2
Kupfer	148,2	559,5
Blei	17,7	54,0
Zink	30,7	52,9
Zinn	1,6	52,4
Nickel	4,8	144,1
Sonstige Metalle	107,0	51,5
Insgesamt <sup>1)</sup>	963,7	982,6

<sup>1)</sup> Ohne Edelmetalle

### Fahrzeugindustrie

Die Marktstruktur der Fahrzeugindustrie hat sich seit Kriegsende verändert. Davon wurden einzelne Sparten empfindlich getroffen und zu Umstellungen und Anpassungen gezwungen, die ihr Wachstum behinderten. Seit 1955 hält die Produktion, von kurzfristigen Schwankungen abgesehen, nahezu unverändert auf dem Dreieinhalb- bis Vierfachen der Vorkriegserzeugung. Bis 1955 entwickelte sich die Produktion in allen Sparten sehr stürmisch, weil der Nachholbedarf auf allen Gebieten der Fahrzeugproduktion weit über die Produktionsmöglichkeiten hinausging. Das Wachstum verlangsamte sich rasch, als gerade die größten Sparten der heimischen Fahrzeugindustrie Nachfragerückschläge erlitten. Die weltweite Sättigung der Nachfrage nach Traktoren und der scharfe Rückgang des Absatzes von Motorrädern wirkte sich in Österreich besonders stark aus, weil diese Sparten einen weit höheren Anteil an der Fahrzeugindustrie hatten als in anderen Ländern, wo in der Regel die Erzeugung von Personenwagen bei weitem überwiegt. Die Traktorenerzeugung nahm in Österreich mit der stürmischen Motorisierung der Landwirtschaft bis 1956 rasch zu, dann setzten Rückschläge ein. Seit einigen Jahren ist die Produktion annähernd stabil, liegt aber um ein Fünftel unter dem Höchststand. Die Motorradproduktion erreichte schon 1955 (mit der neunfachen Produktion von 1937) ihren Höhepunkt und geht seither ständig und rasch zurück. 1961 war die Erzeugung um vier Fünftel niedriger als 1955; der Rückgang hält unvermindert an. Vorübergehend wich die Motorradindustrie in die Erzeugung von Mopeds aus, deren Absatz bis 1957/58 sprunghaft gesteigert werden

konnte. Auch die Nachfrage nach Mopeds geht aber seither langsam zurück. Derzeit ist sie um etwa 40% niedriger als zur Zeit des Höchststandes.

Ein Teil der Kapazität der Motorradindustrie wurde schließlich für die Fertigung von Kleinwagen eingerichtet. Die Jahresproduktion erreichte bald nahezu 8 000 Stück, erwies sich aber in den letzten beiden Jahren als kaum noch expansionsfähig, weil die Nachfrage nach Kleinfahrzeugen nicht so rasch wächst wie die nach Wagen der Mittelklassen. Es ist bemerkenswert, daß die großen Automobilfabriken dem Kleinwagen nur wenig Beachtung schenken und den Markt für Kleinwagen mittleren und kleineren Produzenten weitgehend überlassen.

### Produktion von Fahrzeugen

	1960 Stück; Monatsdurchschnitte	1961	1962 <sup>1)</sup>
Autobusse <sup>2)</sup>	17	16	10
Lastkraftwagen <sup>2)</sup>	372	414	397
Traktoren	1 204	1 322	1 460
Personenkraftwagen	659	685	627
Pkw-Assembling	593	447	714
Motorräder und -roller	1 233	632	473
Mopeds	9 560	7 831	7 413
Fahrräder	11 931	15 558	14 422

<sup>1)</sup> Jänner bis Mai — <sup>2)</sup> Einschließlich Fahrgestelle.

Die Lastkraftwagenproduktion ist ein weiterer Schwerpunkt der österreichischen Fahrzeugindustrie. Es werden allerdings ausschließlich schwere Fahrzeuge gebaut (mit mehr als 3,5 t Nutzlast), für die nur ein begrenzter Inlandsmarkt vorhanden ist. Die Ausfuhr — etwa ein Viertel der Erzeugung — ist sehr stark gestreut. Auch in dieser Sparte ist der Wachstumspielraum nicht sehr groß.

### Produktion und Beschäftigung der Fahrzeugindustrie

	1958	1959	1960	1961	1962 <sup>1)</sup>
	1956 = 100				
Produktion	109,6	111,0	110,4	111,0	111,6
Beschäftigung	100,9	99,0	101,3	100,1	99,7

<sup>1)</sup> Jänner bis Mai

Seit Jahresbeginn hat sich die gesamte Nachfrage in der Fahrzeugindustrie abgeschwächt. Nur die Traktorenproduktion und das Pkw-Assembling liegen höher als 1961. Personenkraftwagen, Motorräder und Mopeds wurden weniger erzeugt als im Vorjahr. Die schwächere Inlandsnachfrage konnte nur teilweise durch höhere Auslandsaufträge ausgeglichen werden. Im I. Quartal 1962 wurden um 17% mehr Kraftfahrzeuge (und -teile) exportiert als 1961, der Auslandsabsatz von anderen Fahrzeugen (überwiegend Fahrräder) ging stark zurück, spielt aber nur eine untergeordnete Rolle.



*Ausfuhr und Einfuhr von Fahrzeugen<sup>1)</sup>*

	1960	1961	1962 <sup>2)</sup>
	Mill. S; Quartalsdurchschnitte		
<b>Ausfuhr</b>			
Kraftfahrzeuge	135'8	170'4	199'0
Andere Fahrzeuge	21'8	17'8	10'6
Insgesamt	157'6	188'2	109'6
<b>Einfuhr</b>			
Kraftfahrzeuge	776'8	833'1	952'0
Andere Fahrzeuge	24'7	21'1	18'0
Insgesamt	801'5	854'2	970'0

<sup>1)</sup> Ohne Schienenfahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe — <sup>2)</sup> I. Quartal

Die Einfuhr von Kraftfahrzeugen nimmt unvermindert kräftig zu. In den letzten Jahren erreichte sie annähernd vier Fünftel des Produktionswertes der heimischen Fahrzeugindustrie. Zwei Drittel der Einfuhr entfallen auf Personenkraftwagen.

**Einzelhandelsumsätze und Verbrauch**

*Dazu Statistische Übersichten 6 1 bis 6 6*

Nach dem verhältnismäßig schwachen Geschäftsgang in den letzten Monaten schnitt der Einzelhandel im Juni übersaisonnäßig gut ab. Seine Umsätze nahmen gegen Mai um 10% zu, wogegen sie im Durchschnitt der Jahre, in denen das Pfingstgeschäft wie heuer zum Teil in den Juni fiel (1954, 1957 und 1960), nur um 4% zugenommen hatten. Auch wenn man die unterschiedliche Zahl der Verkaufstage berücksichtigt (der Juni hatte heuer nur einen Verkaufstag weniger als der Mai, in den Vergleichsjahren aber teilweise auch zwei), war die Umsatzsteigerung mit 15% je Verkaufstag höher als im Durchschnitt der Vergleichsjahre (+9%). Obwohl der Juni heuer einen Verkaufstag weniger hatte (24) als im Vorjahr (25), allerdings einen Samstag mehr, wurden die Umsätze des Vorjahres nominell um 20% und real um etwa 13% übertroffen.

Die hohe Zuwachsrate gegen das Vorjahr beruht zum Teil darauf, daß Pfingsten heuer im Juni, im Vorjahr im Mai war. Dadurch haben sich nicht nur die Käufe für die Feiertage und die damit vielfach verbundenen Urlaubsreisen verschoben, sondern auch der Besuch von Ausländern<sup>1)</sup>. Aber auch wenn man, um diese Saisonverschiebungen auszuschalten, die Monate Mai und Juni zusammenfaßt, war die Zuwachsrate der Umsätze mit 14%, real

<sup>1)</sup> Im Mai war die Zahl der Ausländerübernachtungen um 18% niedriger, im Juni aber um 28% höher als im Vorjahr. Im Durchschnitt dieser beiden Monate war die Zunahme mit 15% annähernd so hoch wie in den ersten vier Monaten (+17%).

mindestens 7%<sup>2)</sup>, viel höher als in den Vormonaten (von Jänner bis April +9% bzw. +4%). Das dürfte nicht nur mit den uneinheitlichen Wetterverhältnissen zusammenhängen, die vor allem die Käufe von Bekleidungsgegenständen förderten, sondern die Nachfrage der Konsumenten scheint sich, wie auch aus der übersaisonnäßigen Umsatzzunahme gegen Mai hervorgeht, allgemein wieder belebt zu haben. Ob diese Entwicklung, wie schon wiederholt, mit der Beunruhigung der Bevölkerung über das steigende Preisniveau und die angespannte Budgetsituation zusammenhängt, oder ob nur die in den ersten Monaten des Jahres unterlassenen Anschaffungen, insbesondere von dauerhaften Konsumgütern, teilweise nachgeholt wurden, läßt sich derzeit noch nicht feststellen. Von den Einkommen sind kaum zusätzliche Impulse ausgegangen und auch die Teilzahlungskredite sind nicht gestiegen. Im Mai und Juni haben die Teilzahlungsinstitute um rd. 40 Mill. S oder 10% (für Konsumgüter um 32 Mill. S oder um 14%) weniger Kredite gewährt als vor einem Jahr. Auch der Zuwachs der aushaftenden Teilzahlungskredite nimmt weiter ab. Ende Juni war das Kreditvolumen der Teilzahlungsinstitute nur noch um 27 Mill. S oder um 1% höher als im Vorjahr, während es Ende März noch um 115 Mill. S oder um 5% darüber lag.

Überdurchschnittlich gut schnitt im Juni der *Lebensmitteleinzelhandel* ab. Seine Umsätze nahmen um 12% zu (saisongemäß war nur eine Steigerung von etwa 3% zu erwarten) und lagen um 27% über dem Vorjahr gegen 10% im Mai und 14% in den Monaten Jänner bis April. Auch der reale Zuwachs gegen das Vorjahr war trotz der starken Preiserhöhung für Obst und Kartoffeln mit mindestens 14% viel höher als im Durchschnitt der Vormonate (+5%). Diese Entwicklung hängt vor allem mit der Verschiebung des Pfingsttermins und dem Umstand zusammen, daß der Juni heuer 5 Verkaufssamstage hatte gegen 4 im Vorjahr und der 1. Juli außerdem auf einen Sonntag fiel. Dadurch wurde ein Teil des Julibedarfs schon im Juni gedeckt. Im Durchschnitt der Monate Mai und Juni war die Zuwachsrate mit 18% nominell zwar noch

<sup>2)</sup> In Zeiten, in denen die Erhöhung des Preisniveaus nur auf die Verteuerung einiger weniger Waren zurückgeht (wie in den letzten Monaten vor allem auf die Verteuerung von Kartoffeln, Obst und Gemüse), wird die aus der Preisbereinigung der Erlöse mit den verfügbaren Preisindizes berechnete reale Entwicklung meist unterschätzt. Da das Angebot an den verteuerten Waren vielfach sinkt und die Konsumenten ihre Käufe einschränken, verlagert sich die Umsatzstruktur zugunsten jener Waren, deren Preise gleich geblieben oder weniger gestiegen sind.

## Einzelhandelsumsätze nach Branchen

Branchengruppe bzw. Branche <sup>1)</sup>	Juni gegen Mai Ø 1954, 1957, 1960		1962 gegen 1961 Mai/ Juni/ Jänner/ April		
	Veränderung in %				
Nahrungs- und Genußmittel	+12 0	+ 3 3	+26 5	+18 3	+13 6
Tabakwaren	+11 9	+ 9 8	+16 5	+11 1	+ 9 7
Bekleidung	+ 6 1	+ 3 3	+15 1	+11 7	+ 6 2
Textilien	+ 6 7	+ 2 3	+12 9	+10 6	+ 7 8
Meterware	- 9 4	-10 7	+13 6	+16 5	+ 3 4
Oberbekleidung	+ 3 4	- 5 5	+16 4	+ 9 8	+13 6
Wäsche, Wick- u Strickwaren	+30 0	+24 2	+ 7 2	+ 4 9	+10 8
Gemischtes Sortiment	+11 6	+ 8 6	+15 5	+ 9 8	+ 6 7
Schuhe	+10 1	+ 9 0	+18 8	+15 7	+ 0 2
Wohnungseinrichtung und Hausrat	+ 4 2	+ 4 8	+ 7 5	+ 4 9	- 5 4
Möbel	+ 1 3	+ 7 0	- 3 5	- 4 6	-16 1
Teppiche, Möbel- u Vorhangstoffe	+18 0	+ 3 6	+19 3	+ 7 3	- 1 8
Hausrat, Glas, Porzellan	+ 2 6	- 1 0	+32 9	+27 1	+16 0
Elektrowaren	+ 7 3	+ 7 4	- 1 6	- 1 3	-11 1
Sonstiges	+11 6	+ 6 4	+17 4	+13 3	+ 7 3
Fahrzeuge	+21 7	+ 3 7	+24 3	+17 2	+ 0 9
Fotoartikel	+30 5	+24 0	+24 7	+19 2	+ 0 5
Lederwaren	+12 9	+11 5	+ 5 8	+ 0 8	+ 5 2
Parfümerie- und Drogeriewaren	+14 4	+12 1	+12 3	+ 9 3	+ 9 0
Papierwaren	- 9 1	- 4 4	+10 1	+12 7	+11 0
Bücher	- 1 3	- 3 8	+26 5	+25 3	+23 8
Uhr- und Schmuckwaren	+14 4	+ 2 8	+20 9	+12 1	- 6 9
Einzelhandel insgesamt	+10 1	+ 4 4	+20 3	+14 3	+ 9 2
Dauerhafte Konsumgüter	+ 6 6	+ 3 8	+11 4	+ 7 9	- 2 7
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+10 6	+ 4 5	+22 0	+15 5	+11 2

<sup>1)</sup> Aufgliederung nach Untergruppen nur für den Fachhandel.

etwas höher als im Durchschnitt der Vormonate (+14%), real aber nur etwa gleich hoch (+6% bis 7%). Die Käufe von *Tabakwaren* entwickelten sich weitgehend saisongemäß. Sie nahmen gegen Mai um 12% (im Durchschnitt der Vergleichsjahre um 10%) zu und waren infolge der Saisonverschiebung um 17% höher als im Vorjahr. Im Mai und Juni zusammen wurden aber die Umsätze des Vorjahres nur um 11% übertroffen gegen 10% in den Monaten vorher.

Übersaisonnmäßig lebhaft war die Nachfrage nach *Bekleidungsgegenständen*. Die Umsätze stiegen um 6%, gegen durchschnittlich 3% in den Vergleichsjahren, und waren um 15% (real um etwa 13%) höher als im Vorjahr. Aber auch im Mai und Juni zusammen war die Zuwachsrate mit 12% (real um etwa 9%) beträchtlich höher als im Durchschnitt der Vormonate (nominell 6%, real 4%). Die Nachfrage der Konsumenten wurde durch das wechselhafte Wetter im Juni sehr gefördert. Das außergewöhnlich schöne und warme Wetter um die Monatsmitte regte die Käufe von Sommerartikeln an, während in den kühlen und regnerischen Tagen viele im Frühjahr unterlassenen Anschaffungen nachgeholt wurden. Schuhe gingen besser als Textilien. Die Umsätze von Schuhen waren um 19% (im Mai und Juni zusammen um 14%), die von Textilien um 13% (11%) höher als im Vorjahr. Von den Textilien schnitten im Vergleich zum Vorjahr Meterware (+14%) und Oberbekleidung (+16%) am besten ab. Auch im Durchschnitt der

Monate Mai und Juni erzielten diese Warengruppen die höchsten Zuwachsraten (+17% und +10%).

Die Käufe von *dauerhaften Konsumgütern*, die in den ersten Monaten des Jahres stets niedriger waren als im Vorjahr (von Jänner bis April um 3%, real um etwa 6%), haben im Mai wieder um 4% (real um etwa 3%) und im Juni sogar um 11% (10%) zugenommen. Vor allem die Nachfrage nach *Einrichtungsgegenständen und Hausrat* hat sich wieder belebt. Die Umsätze stiegen im Juni saisongemäß um 4% und waren um 7% (real um etwa 5%) höher als im Vorjahr. Im Durchschnitt der Monate Mai und Juni betrug die Zuwachsraten 5% und 3%. Möbel (-5%) und Elektrowaren (-1%) wurden zwar noch immer etwas weniger gekauft als im Vorjahr, der Rückgang war jedoch weitaus schwächer als in den Vormonaten (von Jänner bis April -16% und -11%).

Von den unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Waren erzielten im Mai und Juni vor allem Motorräder, Fahrräder und Fahrzeugzubehör (+17%), Fotoartikel (+19%) und Bücher (+25%) überdurchschnittlich hohe Umsatzsteigerungen gegen das Vorjahr. Die Gesamtumsätze der Gruppe waren in den beiden Monaten um durchschnittlich 13% (real um etwa 11%) höher als vor einem Jahr.

Einzelhandelsumsätze im Jahre 1961 und im  
1. Halbjahr 1962

Branchengruppen	Werte		Mengen <sup>1)</sup>	
	1961	1.Hbj.1962	1961	1.Hbj.1962
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Nahrungs- und Genußmittel	+12 4	+15 2	+ 9 8	+ 6 5
Tabakwaren	+16 1	+10 2	+ 7 7	+10 2
Bekleidung	+ 8 2	+ 8 2	+ 5 5	+ 5 7
Wohnungseinrichtung und Hausrat	+12 8	- 1 7	+ 7 3	- 5 1
Sonstiges	+10 3	+ 9 4	+ 7 8	+ 6 9
Einzelhandel insgesamt	+11 4	+11 0	+ 8 2	+ 5 2
Dauerhafte Konsumgüter	+11 4	+ 1 1	+ 6 7	- 1 9
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+11 4	+12 7	+ 8 4	+ 6 4

<sup>1)</sup> Schätzung. Berechnet durch gruppenweises Ausschalten der Preisveränderungen mit den verfügbaren Preisindizes (mit einigen Adaptierungen).

Dank der übersaisonnmäßigen Nachfragebelebung im Juni ist das *Umsatzergebnis des 1. Halbjahres 1962* besser als erwartet ausgefallen. Insgesamt verkaufte der Einzelhandel um 11% mehr als im Vorjahr und erzielte damit annähernd die gleiche Zuwachsrate wie im Jahresergebnis 1961. Da sich jedoch der Preisauftrieb verstärkt hat, ist der reale Zuwachs von etwa 8% auf 5% gesunken. Gleichzeitig hat sich aber die Umsatzstruktur stark verschoben. Während sich im Jahre 1961 die Verkäufe von dauerhaften und nichtdauerhaften Konsumgütern ungefähr gleich entwickelten, nahmen im 1. Halbjahr 1962 die Umsätze von nichtdauerhaften

Konsumgütern um 13%, die von dauerhaften aber nur um 1% zu. Real sind die Umsätze von dauerhaften Konsumgütern sogar um 2% gesunken, die von kurzlebigen Waren aber um 6% gestiegen. Von den nichtdauerhaften Konsumgütern gingen vor allem Lebensmittel und Tabakwaren überdurchschnittlich gut. Der Rückgang der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern trifft vor allem Einrichtungsgegenstände und Hausrat.

Die zum Teil schon im Mai beobachtete Neigung der Einzelhändler, beim *Wareneinkauf* wieder etwas großzügiger zu disponieren, hat sich im Juni noch verstärkt. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes des Einzelhandels hatten im Juni in der Mehrzahl der Branchen mehr Firmen steigende und weniger Firmen sinkende Warenbestellungen als im saisonal vergleichbaren Juni 1960. Nur der Einzelhandel mit Wäsche, Wirk- und Strickwaren, Schuhe, Papierwaren, der offenbar überhöhte Lager hat, bestellte noch immer sehr vorsichtig. Die Wareneingänge, die meist auf die Bestellungen der Vormonate zurückgehen, entwickelten sich dagegen weniger günstig.

Der Nettoertrag der *Umsatzsteuer* (ohne Rückvergütung der Ausfuhrlieferungen) nahm im Juni ähnlich wie im Durchschnitt der Vorjahre um 9% zu, war aber um 10% höher als im Vorjahr, gegen nur durchschnittlich 6% in den Vormonaten.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Juni 431 Mill. S ein, um 12% mehr als im Vormonat und um 17% mehr als vor einem Jahr. Die Mineralölsteuer brachte um 16%, die Biersteuer um 18% und der Branntweinaufschlag einschließlich Monopolausgleich um 26% mehr ein als im Vormonat. Dagegen nahm der Ertrag der Tabaksteuer nur um 6% zu und der an Weinsteuer sogar um 1/2% ab. Auch gegen das Vorjahr haben die Einnahmen aus der Bier- (+19%) und Mineralölsteuer (+23%) überdurchschnittlich stark zugenommen, wogegen die Tabaksteuer um 11% und die Weinsteuer um 7% mehr einbrachten.

## Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7 1 bis 7 14

Im Juli haben sich die leichten Entspannungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt, die schon im Vormonat festgestellt werden konnten, fortgesetzt. Das Stellenangebot liegt erstmals seit 1958 etwas unter dem Vorjahresstand; wenn man die Pensionsvorschußempfänger berücksichtigt, wurden 1.700 Arbeitslose mehr ausgewiesen als 1961.

Die etwas höhere Arbeitslosigkeit beschränkt sich allerdings im wesentlichen auf die Bundesländer Oberösterreich und Salzburg sowie auf Frauen, die von partiellen Produktionseinschränkungen meist stärker betroffen werden. Das Stellenangebot ist noch immer viel höher als die Zahl der Arbeitssuchenden. Außerdem versagt es in der gegenwärtigen Marktsituation als Indikator der Arbeitslage, da es die Unternehmer infolge der Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen meist unterlassen, ihren Arbeitskräftebedarf bei den Arbeitsämtern anzumelden. Ein kräftigeres Steigen der Beschäftigung scheint derzeit kaum möglich zu sein, da das Arbeitskräfte-reservoir weitestgehend ausgeschöpft ist, es sei denn, es gelänge eine größere Zahl von ausländischen Arbeitskräften einzustellen.

Die *Rate der Arbeitslosigkeit* betrug im Juli ebenso wie im Vorjahr 2,2%. Klammert man die sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden und Pensionsvorschußempfänger aus, dann war die Rate heuer etwas höher (1,4% gegen 1,3%).

Das *Arbeitskräfteangebot* stieg um 23.500 auf 2.427.100<sup>1)</sup>. Die Zunahme war viel geringer als im Vorjahr (+35.500), jedoch nur deshalb, weil die nach Schulschluß sofort verfügbaren neuen Lehrstellensuchenden 1961 im Juli dem Arbeitskräfteangebot zugerechnet wurden, heuer aber bereits im Juni

## Der Arbeitsmarkt im Juni und Juli

Jahr, Monat	Beschäftigte		Arbeitsuchende		Offene Stellen	
	Ver- änderung gegen Vormonat	Stand zu Monats- ende	Ver- änderung gegen Vormonat	Stand zu Monats- ende	Ver- änderung gegen Vormonat	Stand zu Monats- ende
in 1 000						
1956 VI	+26 8	2 178 9	-13 7	73 6	+1 7	26 4
VII	+18 8	2 197 7	- 5 5	68 1	-1 1	25 4
1957 VI	+16 8	2 215 0	-11 6	70 9	+0 7	24 0
VII	+25 4	2 240 4	- 5 3	65 6	-0 8	23 2
1958 VI	+19 5	2 239 7	-12 0	76 1	-0 6	24 7
VII	+20 4	2 260 1	- 2 0	74 2	-2 0	22 7
1959 VI	+17 7	2 270 3	-13 1	65 1	+1 1	28 6
VII	+20 1	2 290 4	- 3 0	62 1	-0 5	28 1
1960 VI	+11 0	2 305 2	- 8 6	48 0	+0 6	41 0
VII	+24 5	2 329 7	- 1 5	46 5	-3 3	37 7
1961 VI	+ 7 1	2 332 9	- 5 6	37 8	+2 0	51 4
VII	+21 0	2 353 9	- 1 4	36 4	-2 1	49 3
1962 VI	+ 7 4	2 354 2	- 4 5	33 9	-1 7	51 5
VII	+20 2	2 374 4	- 1 0	32 9	-2 3	49 2

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen

Die Zahl der *Beschäftigten* in Wirtschaft und Verwaltung stieg um 20.200 auf 2.374.400 (1.513.200 Männer und 861.200 Frauen). Voriges Jahr hatte sie um 21.000 zugenommen. Im Vergleich zu 1961 liegt die Beschäftigung um 20.400 höher. Von 1960

<sup>1)</sup> Alle Zahlen für Juli 1962 sind vorläufig

auf 1961 hatte der Zuwachs noch 24.200 betragen. Dazu kommt, daß in der Beschäftigtenzahl von 1961 nur 7.200 Karenzurlauberrinnen enthalten waren, heuer aber 15.400

Die *Land- und Forstwirtschaft* beschäftigte im Juni 131.300 Arbeitskräfte, um 1.100 mehr als Ende Mai. Das Abströmen von landwirtschaftlichen Arbeitnehmern scheint sich etwas zu verlangsamen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Beschäftigtenstand Ende Mai um 8.200 niedriger. In den vergangenen vier Jahren hatte die Abnahme zwischen 10.000 und 13.000 betragen

Der Beschäftigtenstand in der *gewerblichen Wirtschaft* erhöhte sich im Juni um 6.100 auf 1.898.100 (im Vorjahr um 7.000). Es waren heuer 25.000 Arbeitskräfte mehr tätig als vor einem Jahr. Darin drückt sich die verlangsamte Beschäftigungsexpansion aus, da der jährliche Zuwachs im Juni seit langem nicht unter 30.000 gefallen war.

Die Expansion in der *Industriebeschäftigung* hat im Mai merklich nachgelassen. Die Zahl der Arbeitnehmer stieg um 700 (gegen 4.500 im Vorjahr) auf 613.400, die Männerbeschäftigung nahm sogar um 100 ab (1961: +900). In den *traditionellen Konsumgüterindustrien* nahmen zwar die meisten Zweige Arbeitnehmer auf, doch mit Ausnahme der Ledererzeugung durchwegs weniger als im Vorjahr. Die Textilindustrie, die 1961 ihre Belegschaft noch um 400 vergrößert hatte, verringerte diese heuer um 600. Insgesamt blieb der Beschäftigtenstand der traditionellen Konsumgüterindustrien heuer praktisch unverändert, wogegen sie im vergangenen Jahr im Mai 2.600 Kräfte eingestellt hatten. Die *Eisen- und Metallverarbeitung* stellte 500 Arbeitskräfte frei, während sie 1961 900 aufgenommen hatte. Die Gießereindustrie entließ ebenso wie im Vorjahr Arbeitskräfte, die Eisen- und Metallwarenindustrie stellt im Gegensatz zu 1961 400 Arbeitskräfte frei. Die anderen Zweige veränderten ihre Belegschaften kaum. 1961 hatten von diesen der Maschinen-, Stahl- und Eisenbau sowie die Elektroindustrie noch zahlreiche Arbeitskräfte aufgenommen. Der letztgenannte Zweig hatte allerdings im April 1961 seinen Beschäftigtenstand verringert, während heuer die Beschäftigung seit Jahresbeginn steigt. Nur die „*Übrigen Industrien*“ nahmen etwas mehr Arbeitskräfte auf als im Vorjahr (+1.200 gegen +1.100). Diese Zunahme erklärt sich vor allem aus einer kräftigen Ausweitung des Beschäftigtenstandes in der Stein- und Keramikindustrie sowie der chemischen Industrie. Die papierverarbeitende und die holzverarbeitende Industrie veränderten ihren

Stand nicht, während sie 1961 Arbeitskräfte eingestellt hatten. Von den restlichen Zweigen entließ die papier- und pappeerzeugende Industrie sowie die Glasindustrie mehr Personal als im Vorjahr, die anderen Sparten aber weniger.

### Die Industriebeschäftigung im Mai

	Veränderung von Ende April bis Ende Mai				Stand Ende Mai 1962	Ver- ände- rung gegen Vorjahr
	1959	1960	1961	1962		
<b>Traditionelle Konsumgüter- industrien</b>	+ 766	+ 1.343	+ 2.552	- 29	172.623	+ 1.773
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	+ 406	+ 110	+ 684	+ 218	49.010	+ 1.245
Ledererzeugung	- 15	- 77	- 25	+ 15	2.981	- 31
Lederverarbeitung	- 76	+ 119	+ 243	+ 12	16.580	+ 573
Textilindustrie	+ 118	+ 654	+ 443	- 573	73.105	- 1.112
Bekleidungsindustrie	+ 333	+ 537	+ 1.207	+ 299	30.947	+ 1.098
Eisen u Metallverarbeitung	+ 80	+ 725	+ 903	- 477	217.487	+ 6.077
Gießereindustrie	- 21	+ 246	- 101	- 146	12.553	+ 201
Metallindustrie	+ 5	+ 4	- 45	- 13	9.256	+ 61
Maschinen-, Stahl- u Eisenbau	- 271	+ 287	+ 354	- 20	68.543	+ 2.078
Fahrzeugindustrie	- 16	+ 59	- 64	+ 47	25.010	- 24
Eisen- u Metallwareniind.	+ 290	- 21	+ 157	- 387	47.171	+ 696
Elektroindustrie	+ 93	+ 150	+ 602	+ 42	54.954	+ 3.065
<b>Übrige Industrien</b>	+ 2.516	+ 2.033	+ 1.061	+ 1.162	223.295	- 1.589
Bergwerke und eisen- erzeugende Industrie	+ 12	+ 550	- 173	- 330	68.500	- 1.903
Erdölindustrie	- 104	- 171	- 301	- 20	8.660	- 173
Stein- und Keramikindustrie	+ 1.881	+ 1.103	+ 990	+ 1.084	33.227	- 816
Glasindustrie	- 4	- 50	- 58	- 69	10.039	+ 83
Chemische Industrie	+ 485	+ 251	+ 634	+ 638	48.551	+ 1.536
Papier- und pappe- erzeugende Ind.	- 54	+ 84	- 24	- 141	20.315	- 833
Papierverarbeitende Ind.	+ 90	+ 30	+ 556	+ 4	9.983	+ 314
Filmindustrie	± 0	± 0	± 0	± 0	360	± 0
Holzverarbeitende Ind.	+ 210	+ 236	+ 437	- 4	23.660	+ 203
<b>Insgesamt</b>	+ 3.362	+ 4.101	+ 4.516	+ 656	613.405	+ 6.261
Männer	+ 1.557	+ 1.477	+ 932	- 71	398.680	+ 2.226
Frauen	+ 1.805	+ 2.624	+ 3.584	+ 727	214.725	+ 4.035

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie); laufend meldende Betriebe

Die *Arbeitslosigkeit* war im Juli mit 32.900 (10.300 Männer und 22.600 Frauen) um 1.000 niedriger als im Vormonat und um 3.500 niedriger als 1961. Berücksichtigt man jedoch die 5.200 Empfänger eines Pensionsvorschlusses, die voriges Jahr in der Arbeitslosenzahl enthalten waren, dann war die Arbeitslosigkeit um 1.700 höher als vor einem Jahr<sup>1)</sup> Allerdings trifft dies ausschließlich Frauen (+2.200), die Arbeitslosigkeit unter den Männern blieb — ohne Vorschußempfänger — um 500 unter dem Vorjahresstand. Soweit Meldungen für die Berufsobergruppen vorliegen, ist die Arbeitslosigkeit, wenn man die Vorschußempfänger berücksichtigt, nur bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufen, den Bauberufen sowie den Nahrungs- und Genußmittelherstellern niedriger als im Vorjahr. Vergleicht man die regionale Arbeitslosigkeit, dann ergibt sich, daß ebenso wie im Juni vor allem Ober-

<sup>1)</sup> In der ersten Augushälfte blieb die Zahl der Arbeit-suchenden im wesentlichen unverändert

österreich und Salzburg die höhere Gesamtarbeitslosigkeit verursachten. In diesen Ländern wurden um 1.400 (28%) und 300 (33,9%) mehr Arbeitssuchende gezählt als 1961. Man darf diesen Zahlen aber nicht allzu große Bedeutung zumessen, da sie absolut geringfügig sind.

### Die Arbeitslosigkeit im Juli

Berufsobergruppe	Veränderung von Ende Juni bis Ende Juli					Stand Ende Juli 1962 <sup>1)</sup>
	1958	1959	1960	1961	1962 <sup>1)</sup>	
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	- 132	- 201	- 191	- 114	- 215	1 496
Steinarbeiter	- 52	- 116	- 41	- 5	+ 2	526
Bauberufe	- 680	- 467	- 311	- 226	- 200	1 833
Metallarbeiter, Elektriker	- 304	- 454	- 45	- 48	- 101	2 751
Holzverarbeiter	- 110	- 93	- 35	- 46	- 39	706
Textilberufe	+ 143	- 278	- 146	- 86	- 73	1 885
Bekleidungs- und Schuhhersteller	+ 263	+ 440	+ 214	+ 257	+ 143	2 560
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	- 116	- 214	- 148	- 127	- 118	990
Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe	- 488	- 423	- 216	- 256	- 201	1 940
Reinigungsberufe	- 198	- 113	- 74	- 53	- 39	2 284
Sonstige	- 297	- 1.080	- 517	- 720	- 152	15.896
<b>Insgesamt</b>	<b>- 1 971</b>	<b>- 2 999</b>	<b>- 1 510</b>	<b>- 1 424</b>	<b>- 993</b>	<b>32 867</b>
Männer	- 638	- 867	- 483	- 390	- 475	10 267
Frauen	- 1 333	- 2 132	- 1 027	- 1 034	- 518	22 600

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung — <sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen

Das Stellenangebot ging auch im Juli zurück, im Gegensatz zum Juni allerdings parallel zur Vorjahresentwicklung. Es wurden 49.200 (33.100 für Männer und 16.100 für Frauen) offene Stellen gemeldet, um 2.300 (300 und 2.000) weniger als Ende Juni und ungefähr ebensoviel wie voriges Jahr; immer noch bedeutend mehr, als Arbeitslose gezählt wurden. Auf 100 Stellensuchende entfielen Ende Juli 150 freie Plätze.

Im Juni sank vor allem das Stellenangebot in den Berufsgruppen der Hotel- und Gaststättenarbeiter, ferner saisonwidrig oder saisonwidrig stark bei den Steinarbeitern, den Bauberufen und den Bekleidungsherstellern. Da unter diesen Berufsgruppen auch die Bauarbeiter aufscheinen, die stark gefragt sind, scheint sich die Annahme zu bestätigen, wonach die Arbeitgeber viele offene Stellen nicht melden, weil sie überzeugt sind, über das Arbeitsamt keine Arbeitskräfte zu erhalten. Auch aus der regionalen Verteilung des Stellenangebotes lassen sich keine Schlüsse auf die Arbeitsmarktlage ziehen. Wien, Niederösterreich, Salzburg, Vorarlberg und Burgenland meldeten Ende Juli ein höheres Stellenangebot als im Vorjahr. In Oberösterreich, wo die Arbeitslosigkeit etwas höher liegt als 1961, ist die Zahl der offenen Stellen keineswegs stärker gesunken als in den anderen Bundesländern mit rückläufigem Stellenangebot; in Salzburg, das ebenfalls mehr Stellensuchende meldet, hat sie sogar zugenommen.

### Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Güter- und Personenverkehr entwickelten sich im Juni saisonüblich. Im Vergleich zum Vorjahr lagen die Transportleistungen im Güterverkehr um rd. 3% und im entgeltlichen Personenverkehr um 12% höher.

### Wagenstellungen nach Güterarten im Binnen- und Exportverkehr

(Voll- und Schmalspur)

	Juni 1962	Veränderung in %		je Arbeitstag Vormonat
		Monatsergebnis gegen Vorjahr	Vormonat	
<b>Insgesamt</b>	<b>155 420</b>	<b>- 6 8</b>	<b>- 6 5</b>	<b>- 2 6</b>
davon				
Kohle	13 744	+ 7 6	- 0 7	+ 3 4
Holz	13 459	- 12 1	- 9 5	- 5 7
Baustoffe	24 129	- 16 8	- 9 5	- 5 8
Eisen	12 929	- 9 0	- 6 9	- 3 1
Papier	5 192	- 21 2	- 4 9	- 0 9
Erze	8 809	+ 4 7	+ 3 0	+ 1 1
Kunstdünger	4 779	+ 30 0	+ 32 5	+ 38 2
Nahrungsmittel	8 630	- 11 9	- 15 6	- 12 0
Stückgut	35 106	- 1 3	- 2 9	+ 1 2
Sammelgut	6 108	+ 1 8	- 3 8	+ 0 4
Zuckerrüben	—	—	—	—
Anderes <sup>1)</sup>	22 535	- 11 5	- 13 5	- 9 9

<sup>1)</sup> Ohne Autoüberstellverkehr

Der Güterverkehr der Bahnen war mit 681 Mill. n-t-km gleich hoch wie im Vormonat. Ohne die starke Steigerung des Transits von 111 Mill. auf 131 Mill. n-t-km wären jedoch die Leistungen merklich gesunken. Die Verladetätigkeit der Wirtschaft (Wagenstellungen) im Binnen- und Exportverkehr sank je Arbeitstag um knapp 3%, wobei vor allem der Wagenbedarf für Holz, Baustoffe, Eisen und Nahrungsmittel stärker abnahm. Auch die Steigerung gegen das Vorjahr um 3% beruht ausschließlich auf der Zunahme der Durchfuhr um 23%. Die Zahl der Wagenstellung im Binnen- und Exportverkehr sank um 7%, und zwar vorwiegend für Transporte von Papier (-21%), Baustoffen (-17%) und Holz (-12%).

Die Donauschiffahrt beförderte bei günstigem Wasserstand 559.553 t, 11% mehr als im Mai, aber 7% weniger als im Vorjahr. Es nahm vor allem die Einfuhr von Erzen und Kohle ab, wodurch vorwiegend der Verkehr über Passau betroffen wurde. Der Verkehr mit dem Osten dagegen war um 12% höher als 1961.

Der Güterverkehr auf der Straße dürfte dem Dieselverbrauch zufolge nur wenig höher gewesen sein als im Vorjahr. Fabriksneue Lastkraftwagen wurden mit 694 Einheiten um 124 weniger zugelassen als im Juni 1961.

Der Personenverkehr war weit lebhafter als im Vorjahr. Zumindest zum Teil geht dies auf die

Pfingstfeiertage zurück, die heuer in den Juni fielen, im Vorjahr aber in den Mai. Der Bahnverkehr überschritt mit 88 Mill. *n-t-km* die Vorjahresleistung um 22% und übertraf sogar die Spitzenleistungen von Juli und August 1961. Auch die Zahl der Zugs- und Wagenachskilometer lag sehr hoch, erreichte aber nicht die Spitzenwerte des Vorjahres.

Im außerstädtischen Linienverkehr mit Omnibussen wurden 12,6 Mill. Personen befördert, gegen 12,0 Mill. im Vorjahr. Der Individualverkehr muß viel stärker gewesen sein als im Vorjahr, weil der Benzinverbrauch um 22% zunahm. Die Zulassungen von fabriksneuen Personenkraftwagen erreichten 7.910 Einheiten, gegen 7.464 im Vergleichsmonat 1961. Während in der Klasse bis 1.000 *ccm* um 5% weniger Wagen zugelassen wurden, waren es in den anderen Klassen um 11% mehr. Der Luftverkehr von und nach Österreich übertraf mit 58.753 Personen die vorjährige Spitzenleistung vom September. Auch die Leistungen der Donauschiffahrt lagen im Juni mit 102.469 Personen um 11% über dem Vorjahr.

Die Ergebnisse für das 1. Halbjahr 1962 erreichten im Güterverkehr der Bahn und Donauschiffahrt ungefähr das Vorjahresniveau, im Straßenverkehr liegen sie um schätzungsweise 5% bis 8% darüber. Im Personenverkehr waren die Leistungen der Bahnen und des Überland-Straßenverkehrs um 9% und 4% höher. Personenkraftwagen wurden um 8% mehr zugelassen und der Benzinverbrauch stieg um 12%.

Im *Fremdenverkehr* wurden 6,1 Mill. Übernachtungen gezählt, 21% mehr als 1961. Von der Zunahme um rd. 1 Mill. Übernachtungen entfallen 88% auf den Ausländerverkehr, der eine Deviseneinnahme von 1.093 Mill. S (+29% gegen 1961) brachte.

Im 1. Halbjahr 1962 lag die Zahl der Ausländer- und Inländerübernachtungen um 16% und 5% über der des Vorjahres. Die Deviseneingänge aus dem Ausländerverkehr betragen 3.715 Mill. S (+34%), die Ausgänge für Auslandsreisen von Österreichern 669 Mill. S (+4%). Nimmt man für das 2. Halbjahr die gleiche Steigerung an wie im Vorjahr, dann ist im ganzen Jahr 1962 mit Einnahmen von 9,6 Mrd. S gegen 7,2 Mrd. S im Vorjahr zu rechnen.

#### Regionale Verteilung des Fremdenverkehrs in Österreich

In Österreich ist der Berufsverkehr nur von geringer Bedeutung. Im Reiseverkehr überwiegen daher die Urlaubsreisen bei weitem. Die regionale

Verteilung des Fremdenverkehrs hängt somit fast ausschließlich von den Freizeitreisen ab. Das Reiseziel wird einerseits von der bevorzugten Geschmacksrichtung (See, Gebirge, Hügelland), andererseits vom Preisniveau bestimmt. Geschmack- und Preisdifferenzierungen fächern den Reiestrom auf und begünstigen eine Dezentralisierung des Fremdenverkehrs. Der Wunsch, den „schönsten Ort“ aufzusuchen, fördert jedoch die Ballung. Das Ausmaß dieser Ballung hängt vom Wohlstandsniveau der Reisenden ab und wird um so größer sein, je mehr Personen sich diese bevorzugten Plätze leisten können. Die Konzentration des Besucherstromes wird außerdem auch dadurch gefördert, daß sich der Heilbäder- und Wintersportverkehr auf bestimmte Gebiete beschränkt.

In Österreich bestehen für eine größere Streuung des Fremdenverkehrs gute Voraussetzungen. Dank der landschaftlichen Vielfalt — Hochgebirge, Mittelgebirge, Hügelland, Seengebiete, Steppenlandschaft — kann in allen Bundesländern Fremdenverkehr betrieben werden. Infolge der großen qualitätsbedingten Preisunterschiede werden auch entlegene und technisch weniger erschlossene Gebiete vom Fremdenverkehr erfaßt.

Der Einfluß der ballungsfördernden Faktoren ist allerdings so stark, daß sich der Reiseverkehr trotzdem regional sehr ungleich verteilt. Die Vorliebe für den Gebirgsaufenthalt, die durch den zunehmenden Wintersport noch gefördert wird, läßt die Reisedichte in diesen Gebieten besonders stark wachsen. Die Zahl der auf einen Einwohner entfallenden Übernachtungen schwankte im Fremdenverkehrsjahr 1960/61 zwischen 1 im Burgenland und 27 in Tirol; der österreichische Durchschnitt beträgt 7, den außer Tirol noch Salzburg (22), Kärnten (14) und Vorarlberg (11) überschreiten, während in den übrigen Bundesländern die Reisedichte zwischen 1,4 und 4,5 Übernachtungen je Einwohner liegt.

Gruppiert man die im Jahre 1959/60 (spätere Daten liegen noch nicht vor) statistisch erfaßten 1.456 Gemeinden nach Stufen bis 10.000 Übernachtungen, zwischen 10.001 und 100.000 sowie über 100.000 Nächtigungen, dann fallen in die erste Gruppe zwar 58% aller Gemeinden, aber nur 7% der Übernachtungen. In der letzten Gruppe sind nur knapp 6% der Gemeinden enthalten, auf sie entfallen jedoch 53% aller Nächtigungen. Die durchschnittliche Jahresfrequenz je Gemeinde beträgt in diesen Gruppen 3.535 und 267.606 Übernachtungen bzw. 10 Fremde und 733 Fremde pro Tag. In der mittleren Gruppe zwischen 10.001 und

*Verteilung des Fremdenverkehrs im Jahre 1959/60 auf Gemeinden bis 10.000, über 10.000 bis 100.000 und über 100.000 Übernachtungen<sup>1)</sup>*

	Zahl der Gemeinden	Zahl der Übernachtungen	davon entfielen in Prozent auf Orte bis		Übernachtungen über 100.000		Durchschnittliche Übernachtungen je Gemeinde		
			bis 10.000 Gemeinden	Über-nachtungen	über 10.000 bis 100.000 Gemeinden	Über-nachtungen			
Wien	1	2.149.337	—	—	—	100 0	100 0	2.149 337	
Niederösterreich	363	4.604.163	73 6	19 6	24 8	53 2	1 6	27 2	12 684
Burgenland	64	367 262	82 8	28 2	17 2	71 8	—	—	5 738
Oberösterreich	164	4.347 373	67 1	8 8	26 8	32 1	6 1	59 1	26 508
Salzburg	109	6.596 539	29 3	2 3	61 5	37 3	9 2	60 4	60 519
Steiermark	250	3.955 903	68 0	14 6	29 6	52 0	2 4	33 4	15 824
Kärnten	191	5.295 724	66 5	8 0	24 1	22 4	9 4	69 6	27 726
Tirol	242	11.444 908	25 2	2 9	64 1	46 0	10 7	51 1	47 293
Vorarlberg	72	2.191.397	40 3	5 7	54 2	55 0	5 5	39 3	30.436
Insgesamt	1 456	40 952 606	56 3	7 3	36 1	39 8	5 6	52 9	28 127

<sup>1)</sup> Ohne die Zollausschlußgebiete Mittelberg und Jungholz

100 000 Nächtigungen sind 36% der Gemeinden vertreten mit 40% der Frequenz und einer durchschnittlichen jährlichen Nächtigungszahl je Gemeinde von rd 31 000 oder 85 Gästen pro Tag.

*Anteil der wichtigsten Gemeinden an 60% und 80% der Übernachtungen<sup>1)</sup>*

	60%		80%	
	Zahl der Gemeinden	Anteil aller Übernachtungen in %	Zahl der Gemeinden	Anteil in %
<b>Winterhalbjahr 1959/60 (1.263 Gemeinden)</b>				
Insgesamt	40	3 2	118	9 3
Inländer	40	3 2	118	9 3
Ausländer	19	1 5	54	4 3
<b>Sommerhalbjahr 1960 (1.453 Gemeinden)</b>				
Insgesamt	128	8 8	324	22 3
Inländer	132	9 1	328	22 6
Ausländer	85	5 8	197	13 6

<sup>1)</sup> Ohne die Zollausschlußgebiete Mittelberg und Jungholz

Die regionale Konzentration des Reiseverkehrs ist im Winter (1.263 meldende Gemeinden) größer als im Sommerhalbjahr (1.453). So entfallen 60% des Reiseverkehrs in der Wintersaison 1959/60 auf 3% und im Sommer 1960 auf 9% der Gemeinden. Da die ausländischen Gäste kaufkräftiger sind als die inländischen Reisenden, konzentrieren sich ihre Besuche noch stärker auf einige wenige, besonders attraktive Gebiete. 60% dieser Nächtigungen entfallen im Winter auf nur 1 5% aller Orte; im Sommer steigt die Streuung auf 6%. Die Frequenz in den überwiegend von Ausländern besuchten Orten ist nahezu dreimal so hoch wie in den anderen Gemeinden. Im Sommerhalbjahr wiesen die 85 Gemeinden, auf die 60% der Ausländernachtigungen entfielen, durchschnittlich rd 142.000 Ausländernachtigungen aus, gegen 55.000 Inländernachtigungen je Gemeinde in den 132 Orten, auf die 60% der Inländerfrequenz kamen.

In den Heilbädern und Luftkurorten ist die Konzentration der Ausländerbesuche besonders

groß. Von den Ausländernachtigungen in 24 Heilbädern entfielen 64% auf 2 Orte (Bad- und Hofgastein) und in 15 Luftkurorten 83% auf 5 Orte. Im Inländerverkehr verteilt sich etwa der gleiche Prozentsatz der Nächtigungen auf 6 und 8 Orte. Die von den Ausländern bevorzugten Luftkurorte sind Seefeld in Tirol, Velden, Zell am See, Kitzbühel und Pörtschach; die Inländer dagegen besuchen vor allem den Semmering, Puchberg a. Schneeberg, Reichenau, Mariazell und Mönichkirchen.

*Verteilung des Fremdenverkehrs auf Heilbäder und Luftkurorte*

Übernachtungen in Mill	Luftkurorte			Übernachtungen in Mill	Heilbäder		
	Insgesamt	Ausländer	Inländer		Insgesamt	Ausländer	Inländer
	Anteile in %			Anteile in %			
Seefeld i Tirol	15	22	1	Badgastein	22	39	12
Velden	13	16	7	Hofgastein	16	25	11
Zell a. See	12	16	4	Schallerbach	10	2	14
Kitzbühel	11	15	5	Baden	10	6	11
Pörtschach	11	15	3	Hall	7	2	10
Semmering	7	1	18	Goisern	7	8	6
Müllstatt	6	9	1	Gleichenberg	7	1	10
Mariazell	6	2	13	17 Andere	21	17	26
Puchberg a. Schneeberg	5	0	13				
Reichenau	5	0	13				
Mönichkirchen	4	0	10				
4 Andere	5	4	12				

Die größte Zahl von Gemeinden mit mehr als 100.000 Übernachtungen jährlich gibt es in Tirol (26) und Kärnten (18). Mit Abstand folgen Oberösterreich und Salzburg (je 10 Orte). Läßt man die Landeshauptstädte unberücksichtigt und mißt den Konzentrationsgrad am Anteil der 6 wichtigsten Gemeinden am Fremdenverkehr des Bundeslandes, dann haben Niederösterreich, Steiermark und Kärnten mit Anteilen von 36%, 35% und 27% die stärkste Ballung. In den übrigen Ländern, wo es eine größere Zahl attraktiver Orte gibt, liegt die Quote zwischen 20% und 22%. Die Reisedichte ist in diesen Ländern entsprechend höher. So wurden in Salz-

burg und Tirol (ohne Landeshauptstädte) durchschnittlich 51.000 und 44.000 Übernachtungen je Gemeinde gezählt, in Niederösterreich und der Steiermark aber nur 12.000 und 14.000

Die wirtschaftliche Bedeutung des Reiseverkehrs für die einzelnen Bundesländer ist sehr verschieden. Sie hängt neben der absoluten Höhe des Reisestromes auch von der Kaufkraft der Besucher ab, die wieder das Preisniveau (höhere Angebotsqualität) beeinflusst. Mit zunehmendem Anteil der Ausländer steigen auch die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr. Die fiktiven Tagesausgaben je Ausländer betragen 1960/61 auf Grund der Deviseneingänge 243 S; nimmt man für den inländischen Reisenden durchschnittlich 130 S an, dann betrug die Gesamteinnahme im letzten Fremdenverkehrsjahr 9.300 Mill. S. Unter Berücksichtigung der Ausländeranteile sowie des unterschiedlichen Preisniveaus<sup>1)</sup> in den einzelnen Ländern ergeben sich durchschnittliche Tagesausgaben je Gast von 124 S (Niederösterreich) bis 338 S (Wien). Die Einnahmen je Einwohner liegen zwischen 186 S (Burgenland) und 5.790 S (Tirol).

#### Schätzung der Einnahmen der einzelnen Bundesländer aus dem Fremdenverkehr im Jahre 1960/61<sup>1)</sup>

	Insgesamt	Je Über-	Je Ein-	Einnahme	Übernachts-
	Mill S	nachtung	wohner	in % vom	tungen je
		S	S	Volkseinkommen je Einwohner	Einwohner
Wien	744	338	459	2	1
Niederösterreich	605	124	441	3	4
Oberösterreich	800	159	719	4	5
Salzburg	1.376	180	3.911	21	22
Steiermark	567	131	504	3	4
Kärnten	1.851	273	3.816	25	14
Tirol	2.744	216	5.790	33	27
Vorarlberg	567	225	2.455	12	11
Burgenland	47	132	186	2	1
Insgesamt	9.300	200	1.325	7	7

<sup>1)</sup> Die durchschnittlichen Tageseinnahmen pro Gast betragen im Ausländerverkehr 243 S auf Grund der Deviseneingänge in Höhe von 6.996,5 Mill. S; für den Inländerverkehr wurden 130 S angenommen d. s. gleich 2.303,5 Mill. S bzw. einschließlich des Ausländerverkehrs 9.300 Mill. S. Für die Bundesländer wurden Preisdifferenzen im Ausmaß der durchschnittlichen Pensionspreise laut dem Hotelbuch 1960/61 angenommen.

Die Bedeutung des Fremdenverkehrs in der Wirtschaft der einzelnen Bundesländer zeigt der Anteil der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr am Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung. Er ist in Tirol, Kärnten und Salzburg mit 33%, 25% und 21% am höchsten, in Wien und dem Burgenland mit nur 2% am geringsten. Der Anteil in den drei genannten Bundesländern ist besonders groß, weil

<sup>1)</sup> Errechnet auf Grund der im Hotelbuch angegebenen Pensionspreise.

doit die Wertschöpfung (pro Beschäftigten) in den übrigen Wirtschaftszweigen relativ gering ist<sup>2)</sup>.

## Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 91 bis 99

Ein- und Ausfuhr gingen im Juni zurück, die Einfuhr nur wenig (um 60 Mill. S oder 1,8% auf 3.189 Mill. S), die Ausfuhr etwas stärker (um 134 Mill. S oder 4,7% auf 2.716 Mill. S). Im Vergleich zum Juni des Vorjahres war die Einfuhr um 6,7% höher, der Zuwachs der Ausfuhr jedoch mit 1,6% der niedrigste in diesem Jahr. Der Einfuhrüberschuß stieg von 399 Mill. S im Mai auf 473 Mill. S. Seit Jahresbeginn hat er 3,45 Mrd. S erreicht, gegen 3,97 Mrd. S im 1. Halbjahr 1961.

### Der Außenhandel im Juni

	Wert	Veränderung gegen	
	Mill S	Mai 1962	Juni 1961
		Mill S	%
Einfuhr	3.189	-60	+201
Ausfuhr	2.716	-134	+42
Einfuhrüberschuß	473	+74	+159

Die relativ hohe Einfuhr im Juni beruht vor allem auf größeren Importen von *Nahrungsmitteln* und *Rohstoffen*, die im Gegensatz zum Vorjahr im Juni zunahmen. Die Einfuhr fast aller Nahrungsmittel und Genussmittel war höher als im Mai. Infolge der kühlen Witterung stieg der Importbedarf an Obst und Gemüse in der ersten Jahreshälfte besonders kräftig. Im Juni erreichten die Importe mit 142 Mill. S ihren bisher höchsten Wert. Das Juniergebnis des Vorjahres wurde um 40% überschritten. Ohne diese Bezüge wäre die gesamte Einfuhr nur um 5,5% (statt um 6,7%) höher gewesen als vor einem Jahr.

### Obst- und Gemüseimporte

	1961	1962	1962
	Mill S	1961=100	1961=100
Jänner	104,2	111,0	106,5
Februar	94,2	112,8	119,7
März	109,0	119,8	109,9
April	105,4	137,4	130,4
Mai	121,0	136,6	112,9
Juni	101,0	141,8	140,4

An Rohstoffen wurden erstmals seit dem Herbst vorigen Jahres größere Mengen von Erzen und Schrott importiert (93,8 Mill. S gegen 71,2 Mill. S im Durchschnitt der ersten fünf Mo-

<sup>2)</sup> Vgl.: „Die Verteilung des Volkseinkommens nach Bundesländern“, Beilage 60 der Monatsberichte, Dezember 1959.



nate) Die Brennstoffimporte waren für diese Jahreszeit verhältnismäßig hoch. Auch die übrigen Rohstoffbezüge waren insgesamt etwas höher als saisonüblich. Infolge der lebhafteren Importtätigkeit, zu der auch Lagerauffüllungen beigetragen haben mögen, erreichte die Rohstoffeinfuhr (730 Mill. S) ihren höchsten Wert seit Jänner und überstieg, ebenfalls zum ersten Male seit Jänner, den Rohstoffimport des entsprechenden Vorjahresmonats (+4,4%).

### Die Rohstoffeinfuhr

1962	Rohstoffe insgesamt		darunter	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Spinnstoffe	Erze und Schrott
Jänner	758	+6,5	165	66
Februar	666	-7,4	139	53
März	715	-9,9	135	71
April	646	-5,6	121	81
Mai	676	-7,3	127	84
Juni	730	+4,4	127	94

Relativ schwach war im Juni die Einfuhr von *halbfertigen Waren* (557 Mill. S), die nicht nur im Vergleich zum Vormonat, sondern als einzige Gruppe auch gegenüber dem Vorjahr zurückblieb (-12 und -10 Mill. S). Insbesondere die Metallimporte waren viel niedriger als im Vorjahr, und zwar nicht nur im Juni, sondern auch im ganzen ersten Halbjahr. Im Monatsdurchschnitt dieses Zeitraumes wurden heuer Eisen und Stahl für 115 Mill. S und NE-Metalle für 84 Mill. S importiert, gegen 144 Mill. S und 96 Mill. S in der gleichen Vorjahresperiode. Höhere Importe anderer halbfertiger Waren, insbesondere von chemischen Erzeugnissen, haben jedoch den Ausfall an Metallimporten weitgehend kompensiert.

Die *Fertigwarenimporte* sanken von 1.620 Mill. S im Mai auf 1.502 Mill. S im Juni. Ihr Anteil an der Einfuhr verringerte sich von 50% auf 47%. Er war damit gleich hoch wie vor einem Jahr; in den Vormonaten war er — mit Ausnahme des März — höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres gewesen.

Vor allem die 10%ige Zollsenkung gegenüber den EFTA-Staaten ab 1. Juli dürfte die Fertigwareneinfuhr im Juni gedämpft haben, da in einigen Fällen die Importeure ihre Bestellungen in den Juli verlegt haben dürften. Im Vergleich zum Vorjahr betrug aber der Zuwachs noch immer 6,9%, für Maschinen und Verkehrsmittel 2,8%, für andere Fertigwaren (insbesondere Konsumgüter) 15,6%.

Der *Ausfuhrückgang* im Juni erfaßte alle Sparten. Am stärksten (um 20%) sanken die *Nahrungs- und Genußmittelexporte* von ihrem extrem

hohen Niveau von 204 Mill. S im Mai auf 164 Mill. S, damit wurde aber noch immer der relativ hohe Stand vom April erreicht. Der Rückgang erklärt sich fast ausschließlich aus einer Abnahme der Getreideexporte (-38 Mill. S des Gesamtstückganges um 40 Mill. S).

Die *Ausfuhr von Rohstoffen* ging ausschließlich deshalb zurück, um 17 Mill. S (3,1%) auf 526 Mill. S, weil die Holzexporte um 19 Mill. S abnahmen. Sie brachten einen Erlös von 310 Mill. S gegen 329 Mill. S im Vormonat und im Juni 1961. Vor allem infolge der geringeren Holzlieferungen, aber auch infolge der Absatzschwierigkeiten auf dem Zellulosemarkt liegen die Rohstoffexporte seit Februar ständig unter dem Vorjahresniveau; im Juni um 6,2%.

Relativ stark, um 63 Mill. S oder 8,2% auf 705 Mill. S, sank die *Ausfuhr halbfertiger Waren*. Hier wirkte sich der Rückgang der Eisen- und Stahlausfuhr (-50 Mill. S) entscheidend aus. Daneben sanken aber auch die Exporte anderer Metalle. Der Exportwert der Eisen- und Stahlausfuhr (434 Mill. S) war mit Ausnahme von jenem im Jänner dieses Jahres der niedrigste seit Februar 1961. Der Absatzrückgang, der zum Teil durch Preiseinbußen bedingt ist, erstreckt sich auf alle Außenhandelsregionen (EFTA, EWG, Osteuropa, Nord- und Südamerika). Erstmals seit Oktober 1961 war die Ausfuhr von Halbfertigwaren niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat (um 4%).

### Geringere Getreide-, Holz-, Eisen- und Stahlexporte

	Mai	Juni Mill. S	Veränderung
Nahrungs- und Genußmittel	204	164	-40
darunter			
Getreide	57	19	-38
Sonstige Nahrungs- und Genußmittel	147	145	-2
Rohstoffe	543	526	-17
darunter			
Holz	329	310	-19
Sonstige Rohstoffe	214	216	+2
Halbfertige Waren	768	705	-63
darunter			
Eisen und Stahl	484	434	-50
NE-Metalle	96	86	-10
Sonstige halbfertige Waren	188	185	-3

Die *Ausfuhr von Fertigwaren* sank im Juni nur wenig. Mit 1.321 Mill. S war sie um 13 Mill. S oder 1% geringer als im Mai. Maschinen und Verkehrsmittel wurden sogar, da die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse stark zunahm (+25 Mill. S, vor allem dank größeren Lieferungen an Osteuropa), um 3 Mill. S mehr exportiert als im Mai. Der Exportwert, den die Elektrobranche im Juni erzielte

(171 Mill. S), lag nur knapp unter dem bisherigen Höchstwert vom Dezember des Vorjahres (173 Mill. S). Im 1. Halbjahr 1962 hat die Elektroindustrie um ein Drittel mehr exportiert als im 1. Halbjahr 1961.

Die Ausfuhrentwicklung der anderen Fertigwarengruppen war unterschiedlich. Im Vergleich zum Mai standen höheren Exporten von Bekleidung und anderen Konsumartikeln sowie von Verkehrsmitteln geringere von Textilwaren, Metallwaren und insbesondere von Maschinen (—25 Mill. S) gegenüber. Infolge der relativ günstigen Entwicklung der Fertigwarenausfuhr im Juni stieg ihr Anteil am Gesamtexport wieder auf 49%, nachdem er im Mai auf 47% zurückgegangen war (Juni 1961: 46%).

#### Die Ausfuhr von elektrotechnischen Maschinen und Apparaten

	1961	1962
	Mill. S	
Jänner	96,3	133,1
Februar	105,6	141,2
März	125,2	166,3
April	108,2	164,1
Mai	118,1	146,0
Juni	136,4	171,1
1. Halbjahr	689,8	921,8

Die starke Verschiebung der Einfuhr zu Nahrungsmitteln und Rohstoffen begünstigte die Importe aus *Osteuropa*. Da im Juni auch die sonstigen Importe (halbfertige und Fertigwaren) aus diesen Ländern ziemlich hoch waren, stieg der Anteil Osteuropas an der Einfuhr von seinem niedrigen Stand im Mai (10,4%) auf 12,9%. Die Einfuhranteile der *EFTA-* und *EWG-Staaten* sanken von 13,4% auf 12,1% und von 61% auf 60,2%. Der *EFTA*-Anteil verringerte sich stärker als jener der *EWG-Staaten*, da zu der Verschiebung zugunsten der Nahrungsmittel und Rohstoffe noch die Verzögerung der Einfuhr von Industriewaren bis zur Zeit nach der Zollsenkung vom 1. Juli hinzutrat. Während die Industriewarenimporte aus der *EWG* (mit Ausnahme der Investitionsgütergruppe) im Juni ungefähr das Niveau des Vormonats hielten und der *EWG*-Anteil in diesem Warenbereich von 73,6% auf 75% stieg, gingen die Importe aus den *EFTA-Ländern* durchwegs zurück und ihr Anteil am Industriewarenimport<sup>1)</sup> fiel von 16,6% auf 15,6%.

Auch in der Ausfuhr schnitt die *EFTA* im Juni relativ schlecht ab. Ihr Anteil am Gesamt-

#### Die Einfuhr von Industriewaren aus EFTA und EWG

	EFTA <sup>1)</sup>				EWG			
	Mai	Juni	Mai	Juni	Mai	Juni	Mai	Juni
	Mill. S		in % der Gesamteinfuhr		Mill. S		in % der Gesamteinfuhr	
Chemische Erzeugnisse <sup>2)</sup>	52,5	44,9	19,4	17,1	171,8	173,6	63,6	66,1
Halb- u. Fertigwaren	128,0	117,6	19,6	18,5	438,2	436,9	67,3	68,6
Maschinen u. Verkehrsmittel	151,9	131,4	14,1	13,5	857,6	793,6	79,8	81,4
Sonstige Fertigwaren	29,9	26,6	15,6	14,5	142,6	139,2	74,2	75,8
Zusammen	362,3	320,5	16,6	15,6	1 610,2	1 543,3	73,6	75,0
Einfuhr insgesamt <sup>3)</sup>	430,7	382,5	13,2	12,0	1 982,1	1 920,8	61,0	60,2

<sup>1)</sup> Ohne Finnland — <sup>2)</sup> Ohne die chemischen Erzeugnisse der Gruppe 9 — <sup>3)</sup> Einschließlich Nahrungsmittel und Rohstoffe

export sank von 16,4% auf 14,6%, den niedrigsten Anteil seit Juli 1961. Vor allem nahmen die Getreideexporte, die im Mai abnormal hoch waren (mehr als die Hälfte der Ausfuhr dieses Monats wurde in der Schweiz abgesetzt), und die Textilexporte stark ab, doch gingen auch die meisten anderen Exporte zurück. Die anderen Ausfuhrregionen konnten ihren Anteil am Gesamtexport etwas erhöhen. Der *EWG*-Anteil stieg von 50,3% auf 50,9% (den höchsten Anteil seit Mai 1961), wobei insbesondere die Exporte von Lebendvieh, Verkehrsmitteln, Textilien, Magnesitplatten und elektrotechnischen Erzeugnissen zunahm, der *osteuropäische* Anteil von 17,6% auf 18,3%. Neben den bereits erwähnten großen Elektrolieferungen erhöhten sich nach Osteuropa auch die Exporte von Maschinen, industriellen Konsumgütern und Magnesitplatten. Auch der Anteil der *USA* ist von 3,5% auf 4,1% gestiegen, da sie mehr Bekleidung und andere Konsumfertigen sowie elektrotechnische Erzeugnisse bezogen.

Die Einfuhr des *II. Quartals 1962* war mit 9 667 Mill. S um 0,7% niedriger als im I. Quartal, überstieg aber die der entsprechenden Vorjahresperiode um 4,4% (in den beiden Vorquartalen war die Einfuhr unter den entsprechenden Vorjahreswerten geblieben). Die Ausfuhr erreichte mit 8 296 Mill. S im II. Quartal einen neuen Höchstwert. Sie überstieg das Ergebnis vom Vorquartal um 8,2%, das des Vorjahresquartals um 5% und lag um 2,2% über dem bisherigen Höchstwert vom IV. Quartal 1961. Der Einfuhrüberschuß des II. Quartals (1 371 Mill. S) war um 703 Mill. S geringer als im I. Quartal und nur wenig höher (um 9 Mill. S) als im II. Quartal 1961.

#### Ein- und Ausfuhr nach Quartalen

Zeit	Einfuhr		Ausfuhr	
	1 000 £	Mill. S	1 000 £	Mill. S
1961 II. Quartal	3 016	9 261	1 812	7 899
1962 I. Quartal	3 304	9 740	1 746	7 666
II. Quartal	3 108	9 667	1 833	8 296

<sup>1)</sup> Ohne Finnland